



NAMENTLICH
GEKENNZEICHNETE
ARTIKEL GEBEN
NICHT UNBEDINGT
DIE MEINUNG DER
OUTPUT-
REDAKTION WIEDER!



Impressum

OUTPUT ist die Zeitschrift Erlanger Informatikstudentinnen und Studenten und wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik.

Auflage: 1200

Druck: Druckladen

V.i.S.d.P.: Andreas Schneider, Turnstraße 7, Erlangen

Mitgearbeitet haben:

- andrea -

Richard David

Binggit + Peter

Ullrich
Peter

-aha-

und Rainer.

Inhalt	Seite
Impressum/Inhalt	2
UNI-INTERNES UND HOCHSCHULPOLITIK	
Ergebnisse unserer Aktion zur Prüfungssituation	3
Überschreitet die FSI ihre Kompetenzen	4
Wichtige Mitteilungen	9
Zur Situation von Informatikerinnen	10
Hahn- und kein Ende	12
Brief von Prof. Schneider	14
Pressespiegel	16
Zur Gremienwahl	20
FIT (III)	22
ZU BRENNENDEN FRAGEN DER ZEIT	
Chomsky-Interview	23
Für mehr Demokratie: Aktion Volksentscheid	26
Radio Z.	32
Lieber Chaos als tot	35
Theologiestudenten in Wackersdorf	40
Glosse: Der mündige Bürger denkt	43
Radioaktivität - kein Grund zur Sorglosigkeit	44
Ist "die Linke" kinderfeindlich	46
FEUILLETON	
Realsatire...	47
Leserbrief: OH MANN; OH FRAU...	48
Uninymität	49
Die Ritter von der Tintenburg	50
Spickzettel	60
Suchen	61
Die kreative Seite	62
Erfolg	63
Service	64

Ergebnisse unserer Aktion zur Prüfungssituation

Nach den katastrophalen Durchfallraten hat es einige Aktivitäten von Seiten der FSI gegeben. Es bleibt natürlich nun die Frage, was diese Aktionen gebracht haben.

Die Öffentlichkeit ist durch Artikel in mehreren Zeitungen auf die zu hohen Durchfallraten aufmerksam gemacht worden. (siehe Pressespiegel OUTPUT Juni 86 und Seite 16) Dies hat auch mal wieder auf unsere schlechten Studienbedingungen aufmerksam gemacht und nochmals veranschaulicht, daß noch viel gemacht werden muß.

Man hat sich im Kultusministerium bestimmt nicht über die negative Publicity für die Uni und speziell für das "Zukunftsfach" Informatik hier an der Uni gefreut.

Wohl ausgehend von unseren Aktivitäten hat Herr Gora, Lehrstuhl VII, einen Kommentar zur Situation der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und das Verhalten des Kultusministeriums zur Besoldung geschrieben. (Seite 18) Auch hier sieht man, daß auch in diesem Bereich viel zu tun ist, damit in Erlangen in der Informatik wieder normale Zustände herrschen.

Am 2. Juni fand mit einer beachtlichen Beteiligung von 350 Menschen eine Vollversammlung zu diesem Thema statt. Die einstimmig beschlossene Resolution hat wohl auch Eindruck gemacht. Die Anträge sollen wohlwollend geprüft worden sein.

(Siehe auch Brief von Prof. Schneider Seite 14)

Es hat aber auf jeden Fall etwas gebracht, daß wir diese Aktionen unternommen haben. Bei der Prüfungsausschußsitzung vom 4.6. sollen fast 80% der Anträge genehmigt worden sein. Genaue Zahlen gibt es nicht. Dennoch wäre bei solchen Aktionen ein größere Beteiligung der Betroffenen wünschenswert.

Denkt dran: Mittwochs 19 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7
ist die **Fachschaftssitzung**
der FSI Informatik.

Jede/r kann kommen. Alle können Ihre Meinung kundtun.

KOMMET ZU HAUF

③

Überschreitet die FSI ihre Kompetenzen ?

Ich möchte die Fragebogenauswertung nicht vorweg nehmen, aber beim Durchblättern der schon zurückgegebenen Antwortbogen wurde wieder einmal sehr deutlich, wo der Kritikerschwerpunkt vieler Informatikstudenten an der FSI liegt. Während Klausuren-sammlungen, Output, Skripten, Einführungsveranstaltungen u.ä. fast durchweg positiv bewertet wurden, gab es viele schlechte Noten bei den Rubriken "politische Aktivitäten" und "hochschulpolitische Aktivitäten". Auch viele der Kommentare befaßten sich mit diesen Punkten:

"Für Politik sind Parteien zuständig, also Hände weg von der Politik."

"Total einseitig."

"FSI soll alle Studenten vertreten und die haben unterschiedliche Meinungen."

"Schade, daß Ihr politisch seid. Dadurch verliert Ihr die Glaubwürdigkeit als Studentenvertreter."

"meine Richtung, aber denken alle so?"

"FSI ist nicht berechtigt, im Namen der Informatikstudenten Politik zu machen."

Stimmt dies? Soll, oder darf die FSI keine Politik mehr betreiben?

Was darf sie denn dann ? Natürlich alles, wo die vielen 1-sen und 2-en auf dem Fragebogen hinten standen:

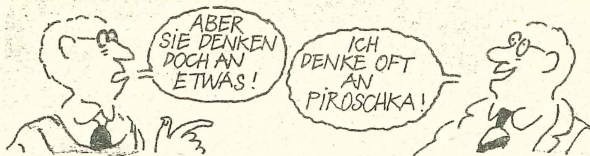
Skripten verteilen, Einführungsveranstaltungen durchführen, Klausuren-sammlungen herausgeben...

Leider sind diese Dinge recht zeitaufwendig. An der Zusammenstellung eines Prüfungsfragenkatalogs kann man schon einige Nachmittage verbringen. Dies muß dann noch getippt werden, zum Drucker gebracht werden, Es gilt Gutscheine herzustellen, zu verkaufen. Das Gedruckte muß verteilt werden u.s.w.

Da eine solche Arbeit natürlich keiner gerne freiwillig macht, dauert es oft eine Weile bis sich jemand "breitschlagen" läßt, diese Arbeit zu übernehmen, und es vergeht etwas Zeit, bis die Skripten fertig sind. Auch das schlägt sich dann im Fragebogen nieder: "Die Klausuren sollten eher herauskommen".

Es sind schon alles Idealisten, die ohne Bezahlung sehr viel Zeit in die FSI-Arbeit stecken! Leitet sich nun aus dem Bewußtsein, daß man für alle Studenten die Drecksarbeit erledigt, der Gedanke ab " ... dann darf ich auch im Namen aller Studenten Politik machen" ?





Ein solcher Schluß wäre sicher genauso falsch wie gefährlich. Jeder der FSI-Arbeit macht, weiß, daß alles freiwillig geschieht, daß es kein Geld dafür gibt, Dank kaum zu erwarten ist und Ansprüche irgendeiner Art nicht daraus erwachsen.

Die Motive, trotzdem mitzuarbeiten, sind unterschiedlich. Ich z.B. möchte einfach meinen Beitrag für bessere Studienbedingungen einbringen.

Woran liegt es dann, daß die FSI Informatik politisch so einseitig links erscheint?

Hier gibt es zwei Punkte zu behandeln:

1.) Die FSI Informatik

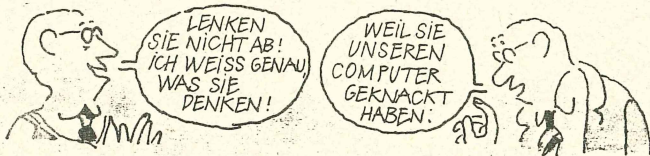
Es gibt ca. 20 Leute, die fast regelmäßig mitarbeiten, die oft zu den Fachschaftssitzungen kommen und helfen, wenn Probleme anstehen. Ansonsten kann man kaum von den Fachschaftsmitgliedern reden. Vielen ist es zu zeitaufwendig, regelmäßig jede Woche mitzuarbeiten. Wenn aber Aktionen stattfinden, erscheinen

oft Helfer/Teilnehmer, die sonst nie auf einer FSI-Sitzung zu sehen sind. Dies gilt ebenso für die Organisation von Feten oder Klausurensammlungen als auch für Veranstaltungen wie VDS-Kongreß, Einführungsveranstaltungsvorbereitung. Es ist also sehr schwierig, von "den FSI-Mitgliedern" zu reden.

Zwei Beispiele verdeutlichen dies:

- Nach der Rechnerarchitektur war die Empörung über die Aufgaben sehr groß. 6 Leute beschließen, mit den Verantwortlichen zu reden. 2 weitere kamen bei einem vereinbarten Treffen hinzu.

Eine der ersten Mutmaßungen des Lehrstuhls: "Das ist doch bestimmt wieder so ein Protest der Fachschaft. Wir können uns nicht vorstellen daß sie die Meinung aller vertritt. Dabei waren alle acht persönlich Betroffene, lediglich 3 davon arbeiten zufällig in der Fachschaft mit."



- Nach den hohen Durchfallquoten in der Vordiplomsklausur Mathe I/II wollten einige Leute mit Prof. Dejon reden. An dem Gespräch nahmen zwei Mitarbeiter aus der Fachschaft teil, weil der Protest organisiert durchgeführt werden sollte. Zu ihnen sagte Prof. Dejon: "Es war doch heute morgen schon jemand von ihnen bei mir." Der Student der am Vormittag kam nicht von der Fachschaft und hatte dies auch nie behauptet. Er hatte sich lediglich beschwert. Prof. Dejon hatte nur die bekannte Schlußfolgerung gezogen: "Aktive Studenten kommen ganz automatisch von der Fachschaft."

2.) Die FSI als linke Organisation

Jeder, der sich einmal die Mühe gemacht hätte, auf ein paar Fachschaftssitzungen zu erscheinen, hätte unschwer erkannt, daß es sich bei der FSI nicht etwa um eine Ansammlung von Kommunisten handelt, die nur Uniarbeit betreiben, um sich legitimieren zu können.

Schwerpunktmäßig wird über Dinge gesprochen bzw. es werden Aktionen geplant, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Uni stehen. Falls es aber zu einer Diskussion kommt, in der politische Meinungen vertreten werden, geht es hoch her.



Uns soll das nur recht sein. Wir sehen es gerne, wenn alle Studenten, die eine Meinung haben und etwas unternehmen, mit der Fachschaft in Verbindung gebracht werden. Es wäre uns sogar noch lieber, wenn alle Studenten selbst ihre Interessen vertreten würden, und die Fachschaft nur der Koordinationsanlaufpunkt wäre; aber selbst bei den katastrophalen Durchfallquoten in der Vordiplomklausur Mathe I/II kamen nur ca. fünf der Betroffenen auf die Idee, auf einem Treffen zu erscheinen, um über die schlechte Situation und eventuelle Gegenmaßnahmen zu beraten.

Abgesehen davon, daß sich wahrscheinlich keine CSU-Wähler unter uns befinden (die sind, wenn überhaupt, im RCDS/FIT), herrscht bei uns eine große politische Meinungsvielfalt. Da wir außerdem Abstimmungen vermeiden, und jeder, egal, ob er seit Jahren oder zum ersten Mal dabei ist, natürlich die gleiche Redefreiheit hat, werden viele Vorschläge oft abgelehnt oder verändert, weil keine absolute Einigkeit herrscht.



Jüngstes Beispiel: Das Flugblatt "Wie unpolitisch ist die FIT" wurde auf einer Fachschaftssitzung vorgelesen und sollte im Namen der FSI verteilt werden. Nach langer Diskussion einigte man sich darauf daß

1. Einige Sätze gestrichen werden
2. der Tag des Erscheinens nicht unmittelbar vor die Wahlen gelegt wurde
3. weder "FSI" noch "OUTPUT" darüber steht, sondern einfach diejenigen unterschreiben, die dazu stehen, und die anderen nicht.

Im übrigen haben auch schon einige RCDS-Leute bei uns mitgemacht (Erstsemestereinführungsplanung SS 1985). Probleme gab es dabei keine!

Eine weitere politische Überflutung sehen einige durch das "OUTPUT" gegeben. Dazu ist zu sagen, daß jeder, der will, Artikel schreiben kann; wenn es sich dabei nicht um Reklame handelt wird's gedruckt. Dies gilt gleichermaßen für den Artikel über Vollwerternährung, den Artikel über Sicherheitsgesetze und für kritische Leserbriefe. Dabei vertrete ich die Ansicht, daß die Artikel schwerpunktmäßig von Dingen handeln sollten, die direkt mit der Uni zu tun haben. Aber für die Zusammenstellung des OUTPUT sind alle diejenigen Verantwortlich, die Artikel schreiben dürfen -- und das seid ihr alle!

Überhaupt kann ich den Leuten, die sich über unsere politische Linie ärgern nur sagen, daß die FSI-Informatik für alle Informatik studierenden Menschen offen steht. Warum diejenigen, die sich für die Studenten engagieren meistens als "links(?)" gelten sei dahingestellt.

Wir halten eine Studentenvertretung prinzipiell für sinnvoll.

Wir sitzen uns in den Gremien für die Position ein, die in VV's die Mehrheit beschlossen hat, zum B. GGI-Vordiplom schriftlich) auch wenn die Mehrheit der Fachschaftsmitarbeiter dagegen sind. Und: In den Fällen, wo wir durch eine VV/Resolution eine Weisung bekommen haben, vertreten wir in dieser Sache die Informatik-Studierenden.

Ich finde es schade, daß die Mehrheit der Studenten meist so gestrebt ist, daß sie nur noch konsumieren können. Es muß ja nicht jeder regelmäßig in der FSI mitarbeiten. Es würde genügen, wenn ihr ab und zu mal eure Meinung kund tun würdet. Ich finde den Termin Mi abends 19.00 Uhr im Sprecherrat auch ungünstig aber es ist kaum ein freier Termin zu finden. Ansonsten möchte ich bitten, Stellungnahmen zu diesem Thema der FSI zukommen zu lassen. Wir veröffentlichen sie dann im nächsten OUTPUT:

Ihr wißt ja: Eure Meinung interessiert uns sehr.

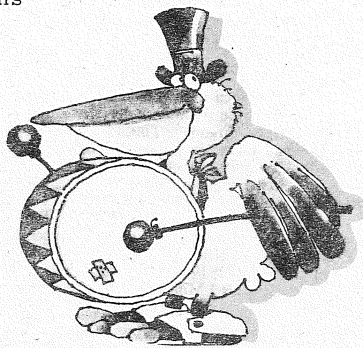
(VON JÖRG)



Zu dem Artikel von Jörg möchte ich noch ergänzend anmerken (was nicht heißt, daß ich über alles, was darinsteht, der gleichen Meinung wäre wie er):

Die FSI Informatik hat noch keine politische Meinung "im Namen der Studenten" geäußert, sondern lediglich FSI, und darunter versteht man die Leute, die zum Zeitpunkt der Beschlußfassung auf der Sitzung waren. Es ist aber wohl jeder Gruppe erwachsener, mündiger Bürger zuzugestehen, daß sie öffentlich die eigene Meinung vertritt, oder? (sofern sie einmal einen Konsens darüber erreichen)

- andrea -



„Der Kontaktbildschirm hat übrigens seine Tücken.“

WICHTIGE MITTEILUNG!!

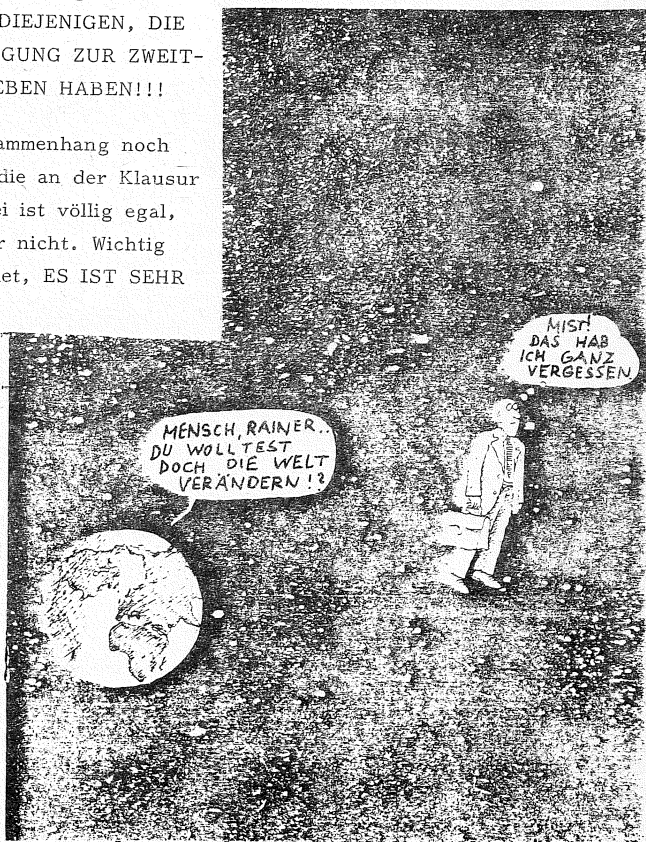
An alle, die bei der Horror - Klausur im Vordiplom Mathematik I/II mitgeschrieben haben: Ich habe durch Zufall erfahren, daß während der Klausur in der Mensa ein Lösungshinweis zur 3. Aufgabe gegeben wurde, der zumindest in dem Hörsaal fehlte, in dem ich die Klausur geschrieben habe.

Ich werde daher bei der nächsten Prüfungsausschußsitzung, die Ende Juli stattfindet, einen Antrag auf Annullierung der Klausur stellen. Eine Annullierung würde bedeuten, daß die Klausur für alle Studenten, die sie nicht bestanden haben, behandelt wird, als wäre sie nie geschrieben worden, **AUCH FÜR DIEJENIGEN, DIE SCHON MIT DER GENEHMIGUNG ZUR ZWEITWIEDERHOLUNG GESCHRIEBEN HABEN!!!**

Ich suche in diesem Zusammenhang noch Leute aus allen Hörsälen, die an der Klausur teilgenommen haben. Dabei ist völlig egal, ob ihr bestanden habt oder nicht. Wichtig ist nur, daß ihr euch meldet, **ES IST SEHR WICHTIG FÜR UNS ALLE!!**

Rainer

Kontakt: Rainer Wolf, Tel. 440058
oder Andreas Grimm, Tel. 303089
12 und 14 Uhr im
Fachschaftszimmer.
EILT!!



Zur Situation von Informatikerinnen

Zum Thema: **FRAUEN**

Die FSI-Informatik und die Tech-Fak-Frauen-gruppe führten am 3.7. eine Veranstaltung mit Marlies Brunk zur Berufssituation von Informatikerinnen durch. Marlies hat, zusammen mit anderen Frauen, vor zwei Jahren einen Fragebogen zur Berufs- und Familiensituation an die weiblichen GI (Gesellschaft für Informatik) Mitglieder verschickt. Ursprünglich wollten sie die Absolventinnen ihrer Universität befragen, aber das waren bei über 600 Studenten nur 25. Von 298 verschickten Fragebögen haben sie 104 zurückerhalten und im September die Auswertung ** veröffentlicht. Diese Umfrage erhebt nicht den Anspruch repräsentativ zu sein, da nur ein begrenztes Spektrum von Informatikerinnen befragt wurden und z.B. Frauen, die den Beruf aufgeben überhaupt nicht mehr erfaßbar sind. Für uns, als Informatikstudentinnen, sind besonders die Aussagen zur Bewerbung, Arbeitssituation und zum privaten Bereich wichtig.

Die meisten befragten Informatikerinnen haben sich 4-5 mal beworben, wobei sich 1/4 gar nicht beworben hat, da sie eine Stelle angeboten bekamen, die sie annahmen. Schwierigkeiten, eine Stelle zu bekommen, hatten die Frauen also im allgemeine nicht, auch nicht, wenn sie sich auf ein Interessengebiet oder eine Region festlegten. Bei den Vorstellungsgesprächen erlebten die Frauen aber zum Teil ganz gewaltige Hämmer !

Das erschöpfte sich nicht in Fragen nach eventuellem Kinderwunsch, sondern erstreckte sich auch darauf, ob denn der Partner mit der Berufstätigkeit einverstanden ist. Dies zeigt, daß die Berufstätigkeit der Frau immer noch viel weniger wichtig eingeschätzt wird, als die des Mannes.

Manche Arbeitgeber waren auch direkt Frauenfeindlich mit Fragen wie "Warum nehmen Sie einem Mann den Arbeitsplatz weg ?" Es ist für jede Frau wichtig, beim Vorstellungsgespräch auf solche Fragen gefaßt zu sein und sich schon vorher zu überlegen, wie sie darauf reagieren kann, ob sie diese Stelle überhaupt noch will und was frau gegen solche Personalchefs machen kann. Als Tips für ein Vorstellungsgespräch sollte frau sich merken:



in Studium, Beruf und familiären Bereich

Selbstbewußt auftreten, denn Frau ist nach diesem Studium qualifiziert, und Eigeninitiative zeigen, also ruhig Forderungen stellen. Manche Frauen meinen, Frau sollte sich weniger als Frau, mehr als Mensch betrachten, aber das darf für uns nicht bedeuten, männliches Verhalten anzunehmen, denn wir wollen ja gerade als Frauen im Beruf anerkannt werden.

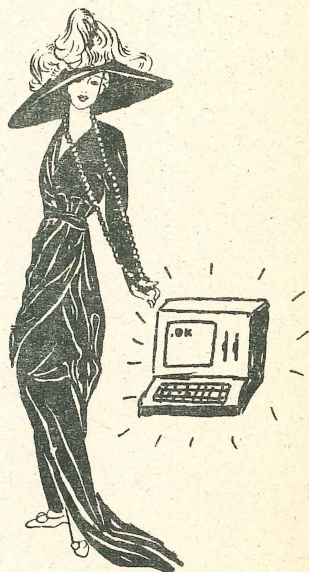
Mit ihrer Arbeitssituation waren die Frauen im allgemeinen zufrieden, sie hatten kaum das Gefühl, an ihrem Arbeitsplatz benachteiligt zu werden. Auch das Verhältnis zu ihren Kollegen bezeichneten sie als gut, wobei es jedoch leicht zu Schwierigkeiten kommt, wenn die Frau in einer Vorgesetztenposition ist. Frauen haben immer noch eine exponierte Stellung, da sie, als meist einzige Frau, von allen beobachtet werden, stehen sie unter viel stärkerem Leistungsdruck. Eine Frau, die als Informatikerin Vollzeit beschäftigt ist, wird dadurch sehr schnell in die Rolle der Karrierefrau gedrängt, vielleicht gegen ihren Willen.

Bemüht sie sich dann, Karriere zu machen, bekommt sie Schwierigkeiten zumindest mit den Kollegen, die oft eine Frau als Vorgesetzte nicht akzeptieren.

Im Privatbereich ist selbst bei Beziehungen zwischen verdienstmäßig gleichwertigen Partnern keine Gleichstellung erreicht. Die Frauen gebe zwar an, daß ihre Partner mit-helfen, die Verantwortlichkeit liegt aber immer noch bei ihnen. Das gilt besonders für Frauen mit Kindern. Selbst wenn beide Partner voll arbeiten, liegt es im Zuständigkeitsbereich der Frauen, die Kinderbetreuung zu organisieren. Ein Problem dabei ist es auch, daß es für Männer noch wesentlich schwieriger ist, eine Teilzeitanstellung bei ihrem Arbeitgeber durchzusetzen. Den teilzeitbeschäftigten Frauen ist klar, daß sie kaum berufliche Perspektiven haben. Sie haben für sich individuelle Lösungen gefunden, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die meisten gaben an, unter keinen Umständen auf Berufstätigkeit völlig verzichten zu wollen.

Die Frauen empfahlen, sich nicht aufs Arbeitsamt zu verlassen, sondern auch auf Zeitungsannoncen zu antworten und Firmen und Institute einfach mal anzuschreiben.

Frauen, die nur eine Teilzeitbeschäftigung wollen haben die Erfahrung gemacht, daß es einfacher ist, das beim bisherigen Arbeitgeber durchzusetzen, als direkt eine Teilzeitstelle zu finden.



Informatikerinnen haben zwar im Moment keine Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden, doch sind sie von einer Gleichstellung im beruflichen und privaten Bereich noch weit entfernt.

Es erfordert für uns Frauen große Anstrengungen uns im Beruf durchzusetzen ohne entweder die Sozial- und Dienstleistungsarbeiten (für ein gutes Betriebsklima allein sorgen, Kaffee kochen) oder aber voll männliches Verhalten zu übernehmen:

Hahn - und kein Ende

Ihr erinnert Euch?

Da hielt ein Professor unserer Universität eine als Vorlesung getarnte Gedenkstunde zu Ehren des als Kriegsverbrecher hinggerichteten Generalobersten Löhr und verbreitet unbestritten militaristisches Gedankengut, das nichts, aber auch gar nichts mit seinem Lehrauftrag zu tun hat. (siehe "output", "destille", Dezember 1985)

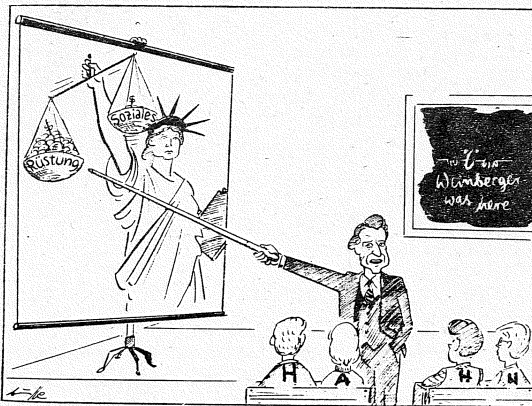
Die Erwartung, daß so ein Mann als untragbar für unsere Uni empfunden wird und seinen Lehrstuhl verliert, oder daß wenigstens ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird oder er auch nur vom Rechnungshof zu einer Zahlung von Saalmiete für diesen offensichtlich Mißbrauch von Uni-Räumen verdonnert wird, war wohl naiv.

Stattdessen standen am 25.6.1986 zwei Leute der WISO-Fachschaft vor Gericht, die mitgehoffen hatten, diesen Skandal aufzudecken. Anklage: "Mißbrauch der Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes". Eigentlich eine absurde Anschuldigung: entweder handelte es sich um eine Lehrveranstaltung Prof. Hahns; dann muß eine öffentliche Diskussion über deren Inhalte möglich sein. Eine "vertrauliche Lehrveranstaltung" ist doch wohl ein Widerspruch in sich. Oder Hahn hat seinen Lehrstuhl für eine Propagandaveranstaltung mißbraucht, und dann gehört er vor den Richter.

Solch einfache Gedanken leuchten unserer Staatsanwaltschaft nicht ein: für sie ist es strittig, was eine "Vorlesung" ist (Wie hat der Mann eigentlich sein Jura-Examen geschafft?).

Überhaupt erschien diese Verhandlung fast wie eine Farce des "Königlich Bayerischen Amtsgerichts".

Der erste Zeuge, seinerzeit Diplomand bei Hahn, kann sich heute nicht einmal mehr daran erinnern, ob er das fragliche Tonband gehört hat, obwohl er bei der Polizei zunächst einen der Angeklagten angeschwärzt hatte.



Anschauungsunterricht

H. Busse

Der zweite Zeuge, immer noch Assistent bei Hahn, "Cerberus" bei der Gedenkvorlesung, versucht erfolgreich die Vorstellung zu vermitteln, er könne nicht bis drei zählen: er schafft es, stets seine Worte so zu wählen, daß nie eine Antwort auf die gestellte Frage herauskommt.

Warum die beiden anderen Zeugen, ein Redakteur der "Nürnberger Nachrichten" und eine Assistentin des damaligen Dekans, geladen waren, bleibt wohl für immer ein Geheimnis der Prozeßbeteiligten; zur Erhellung des Sachverhaltes konnten sie jedenfalls nichts beitragen.

Der war ohnedies klar genug: Zu der als "Vorlesung im Rahmen des Diplomanden- und Doktorandenseminars" bezeichneten Veranstaltung wurde sogar die Presse eingelassen. Hahn hat überdies seinen Vortrag selbst veröffentlicht und daneben der Süddeutschen Zeitung sein Original-Manuskript zur Verfügung gestellt.

Von "Vertraulichkeit" kann also keine Rede sein. Die Anzeige war offensichtlich ein Racheakt für die Unverschämtheit einiger Studenten, die sich erdreisteten, die Ungeheuerlichkeiten öffentlich zu diskutieren, die dieser Ewiggestrige da abgesondert hat. Anscheinend sah es so auch der Richter: er wollte das Verfahren einstellen. Da mußte der Staatsanwalt erst seinen Chef fragen, und der sagte Nein.

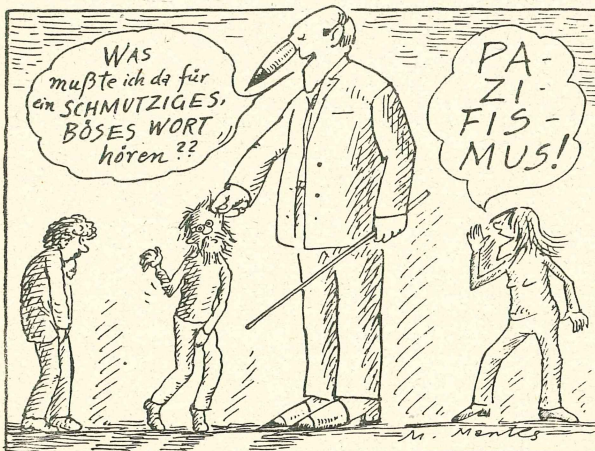
Mit Hilfe von neuen Beweisanträgen muß jetzt geklärt werden, was eine Vorlesung ist. Dazu muß Hahn selbst geladen werden, der Dekan der WISO und ein Redakteur der Süddeutschen. Vielleicht noch ein Sachverständiger?

Der Prozeß liegt also erst mal auf Eis, erst im Herbst ist mit einem neuen Termin zu rechnen, da der Richter durch einen bisherigen Staatsanwalt ersetzt wird. Dann kann das Spiel noch einmal bewundert werden.

Wie meinte selbst der Richter zum Ende der Veranstaltung: "Es gibt Fälle, da sind dem Herrn Staatsanwalt offensichtlich die Hände gebunden".

Von wem wohl?

Simba



M. Marcks

FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Neue Anschrift: Hübnerstraße 6-8
Vorsitzender des Prüfungsausschusses
852 Erlangen, Martensstraße 7

Erlangen, den 24. 06. 1986
Fernruf Vermittlung 09131/851
Durchwahl 09131/85 4816

An die
Fachschaftsinitiative Informatik

Schn/Lü

Betr.: Antrag der Informatiker-Vollversammlung vom 02. 06. 1986, betreffend
die Durchfallquoten im Vordiplom Informatik

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der Interpretation der in Ihrem Antrag genannten Zahlen darf ich auf die bereits in der Presse erfolgte Richtigstellung hinweisen. Eine Ablichtung meines Schreibens an das Erlanger Tagblatt ist beigefügt. Im Hinblick auf die von vielen Seiten geforderte Verkürzung der Studienzeit ist sehr zu begrüßen, daß immer mehr Kandidaten den Oktober-Termin bevorzugen. Dies hat zwangsläufig zur Folge, daß im April deutlich schwächere Ergebnisse erzielt werden.

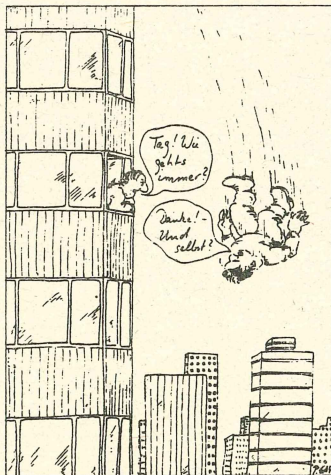
Ihr Antrag zielt auf eine Annullierung der Prüfung ab. Für einen solchen Schritt hat der Prüfungsausschuß in seiner Sitzung vom 04. 06. 1986 keine rechtliche Handhabe finden können. Es sind auch in Ihrer Resolution keine stichhaltigen Argumente genannt worden. Eine Annullierung käme nur in Frage, wenn allgemeine Grundsätze des Prüfungsrechts verletzt worden wären. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat der Prüfungsausschuß in den letzten Jahren nie gezögert, Klausuren zu annullieren, wenn nur der leiseste Verdacht bestand, ein Teil der Kandidaten könnte benachteiligt gewesen sein.

Ersatzweise beantragen Sie, daß alle Anträge auf eine zweite Wiederholungsprüfung genehmigt werden sollen. (Sie nennen das Härtefallanträge.) Eine solche Pauschalgenehmigung ist nicht möglich, da das Hochschulgesetz ausdrücklich auf besondere Einzelfälle abstellt.

Im übrigen kann der Begriff "Härtefall" natürlich auch von zwei Seiten gesehen werden. So kann nicht nur die Verweigerung einer zweiten Wiederholung eine Härte sein, sondern auch die Genehmigung zu einer Härte führen. Dem Prüfungsausschuß sind leider eine Reihe von Fällen bekannt, in denen ein letztlich nach 8 oder mehr Semestern doch ohne Vordiplom abgebrochenes Studium durch eine solche Genehmigung unnötig verlängert wurde. Der Prüfungsausschuß wird daher auch in Zukunft - bei aller Großzügigkeit - besonderen Wert auf die Erfolgsprognose legen und befindet sich damit in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung. Hierzu ist u. a. erforderlich, daß der Kandidat (oder die Kandidatin) nach erstmaligem Nichtbestehen einer Prüfung alles andere zurückstellt und sich durch erneuten Besuch einschlägiger Vorlesungen und Übungen auf die Wiederholungsprüfung vorbereitet. Leider geht aus vielen Anträgen auf 2. Wiederholungsprüfung genau das Gegenteil hervor!

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. H. J. Schneider)



Pressespiegel

Erlanger Studenten schlagen wegen der hohen Durchfallsquoten in ihrem Ausbildungsgang Alarm:

Das junge Studienfach Informatik kollabiert

ERLANGEN (CW) — „Katastrophale Durchfallsquoten“ meldet die studentische Fachschaftsinitiative Informatik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Allein in einer der sechs Vordiplomprüfungen seien 58 Prozent der Prüflinge durchgefallen; für zirka die Hälfte der 98 Wiederholer habe dies das Aus bedeutet.

Bereits Ende 1982 hatte die Fachschaftsinitiative Informatik auf die sich zuspitzende Situation in diesem Studiengang aufmerksam gemacht und vor drohenden hohen Durchfallsquoten im Vordiplom gewarnt. Die Reaktion seitens der zuständigen Stellen „war gleich Null“, so die Studenten. Als sich im November 1984 nochmals 536 Studenten/innen (WS 83/84: 461) zum Studium der Informatik immatrikulierten, habe der absolute Kollaps der Erlanger Informatik gedroht. Nochmals wies die Fachschaftsinitiative Informatik mit offenen Briefen, studentischen Vollversammlungen etc. auf diese Situation hin und warnte.

Trotzdem blieb es dabei, daß Vorlesungen nicht an der Technischen Fakultät (der größte Hörsaal faßt 390 Studenten/innen), sondern in der Stadt im Audimax mit bis zu 800 Studenten/innen abgehalten wurden. Die Forderung der Fachschaftsinitiative Informatik nach Teilung der Vorlesungen fand kein Gehör, obwohl auch das Institut für Mathematische Maschinen und Datenverarbeitung die Meinung vertritt, daß Vorlesungen mit über 300 Studenten/innen nicht effizient sind. Das

Kultusministerium versprach jedoch den raschen Ausbau der Erlanger Informatik.

Außerdem sollte das Stellenvolumen „mit Hilfe von Überlastmitteln“ und „auch für Forschungsschwerpunkte erweitert werden“, war in einer Antwort des Kultusministeriums auf den offenen Brief der Studenten/innen zu lesen. Es bleibt jedoch die Frage, wie der Lehrbetrieb verbessert werden kann, wenn die Überlastmittel nur mittelfristig zur Verfügung stehen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Das junge Studienfach ...

... stehen. Zudem betreffen Stellen für Forschungsschwerpunkte den Lehrbetrieb nicht.

Trotz der Überlastmittel gab es in einigen Fächern Massenübungen mit über 100 Teilnehmern/innen, in denen natürlich nicht auf Schwierigkeiten

eingegangen werden konnte, betonten die Studenten. Auch sei der rasche Ausbau der Informatik kaum vorangeschritten. Im Januar 1985 wurde er im Kultusministerium beschlossen. 16 Monate später, also vor einigen Tagen, wurde die Baugenehmigung erteilt. „Das war eine behördliche Sofortmaßnahme“, mokiert sich die Fachschaftsinitiative. Angesichts von 1500 Studenten/innen auf 400 Studienplätzen sei in Erlangen kein geordnetes Studium möglich. Die derzeitigen Durchfallsquoten seien die traurige Konsequenz. Es bleibt also nur die Annahme, daß durch die Prüfungen die Anzahl der Studierenden der Studiensi-tuation angepaßt werden soll.

Meinungen

Betrifft: „Das junge Studienfach Informatik kollabiert“ in der COMPUTERWOCHE 13, 23 vom 6. Juni 1986, Seite 1

Die studentische Fachschaftsinitiative bezieht sich in ihrer Stellungnahme auf das schlechte Ergebnis im Fach Mathematik (1. Teilprüfung). Der betroffene Jahrgang sind die Anfänger vom Herbst 1984. Wie jedem Jahrgang hat die Technische Fakultät auch diesen zwei Prüfungstermine angeboten. Dabei ist es allein der freien Entscheidung des Studenten überlassen, zu welchem Termin er sich anmeldet. Von Ausnahmen abgesehen, melden sich die guten Studenten zum ersten Termin (Oktober), die schwachen zum zweiten im April. Die Teilnehmer an der April-Prüfung waren in keiner Weise ein repräsentativer Querschnitt aus die-

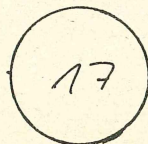
sem Jahrgang. Vielmehr waren das die Studenten, die sich im Herbst die Prüfung noch nicht zugetraut haben oder damals nicht schaffen. Bemerkenswerterweise hat die Mehrheit dieser Wiederholer die Prüfung jetzt bestanden, während das schlechte Gesamtergebnis überwiegend von denen verursacht wurde, die es erst jetzt zum ersten Mal versuchten. Betrachtet man alle 356 Studenten zusammen, die im Oktober 1985 und im April 1986 erstmals zur Prüfung antraten, so ergibt sich folgendes Bild: Auf Anhieb haben im Oktober bestanden: 156 Bei der 1. Wiederholung im April haben bestanden: 43 Auf Anhieb haben im April bestanden: 33 Insgesamt haben bereits bestanden: 232 Bei 83 Kandidaten steht die

1. Wiederholung noch aus. Endgültig nicht bestanden haben bisher 41, also zwölf Prozent.

Leider ist die Informatik zu einem Modestudium geworden, so daß es von vielen Studenten ohne die erforderlichen Voraussetzungen aufgenommen wird. Wir müssen immer wieder feststellen, daß sich Studenten an diesem Fach versuchen, die die Mathematik nach dem 12. Schuljahr abgibt oder im Abiturzeugnis „mangelhaft“ haben. Wer im Reifezeugnis weniger als vier Grundkurse in Mathematik mit je mindestens sieben bis acht Punkten hat, sollte um die Informatik „einen großen Bogen“ machen.

Professor Dr. Hans-Jürgen Schneider
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Vorsitzender des Prüfungsausschusses
Hahnroder, E-4
8520 Erlangen

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen



Computerwoche
20.6. Seite 9

Mehr als fünfzig Stellenangebote hält der akademische Arbeitsvermittlungsdienst momentan für jeden interessierten Studienabgänger des Fachs Informatik an der Universität Erlangen-Nürnberg zur Verfügung, wobei andere Universitäten sicherlich ähnliche Erfahrungen machen können. Diese für den frischgebackenen Diplom-Informatiker so erfreuliche Situation hat allerdings auch ihre Kehrseite, denn aufgrund der Vielfalt der Angebote sowie der hohen Anfangsgehälter in der Industrie haben die bundesdeutschen Informatik-Fakultäten mehr und mehr Schwierigkeiten, geeigneten wissenschaftlichen Nachwuchs für Forschung und Lehre zu gewinnen.

Die schwierige Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fach Informatik an den Hochschulen war auch eines der Themen, zu dem Dekan und Informatik-Vorstand der Universität Erlangen-Nürnberg beim alljährlichen „Tag der Informatik“ Stellung bezogen. Die Fakten, die im Rahmen dieser Veranstaltung genannt wurden, lassen allerdings kaum auf eine kurzfristige Verbesserung der Lage an den Hochschulen hoffen.

So wurde bei einer Absolventenbefragung der Informatik-Fakultät, abhängig von der jeweiligen Unternehmensgröße, ein Einstellungsgehalt von zirka 4300 Mark im Großraum Erlangen-Nürnberg genannt, wobei Softwarehäuser und Ingenieurbüros ihre Mitarbeiter noch höher bezahlen. Demgegenüber sind die Anreize, an der Universität zu bleiben und zu promovieren, eher gering.

Neben den attraktiven Forschungsmöglichkeiten, die momentan besonders stark auch in der Industrie angeboten werden, gibt es eine Reihe von Faktoren, die es bei einem nüchternen Vergleich zwischen der Hochschule und der sogenannten „Praxis“ einem begabten Absolventen kaum raten lassen, Forschung und Lehre an einer Universität zu betreiben.

Gastkommentar

Walter Gora
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
am Lehrstuhl
Informatik 7
der Universität
Erlangen-Nürnberg



Informatik ohne Uni-Nachwuchs: Die Industrie lockt mit Mammon

Dieser Vergleich läßt sich in die nachfolgenden drei — provokativen — Fragen für einen Informatik-Abgänger fassen, die nachfolgend erörtert werden sollen: Unter welchen Rahmenbedingungen ist Forschung an der Universität noch möglich? Was bringt der „Doktorhut“? Welche finanziellen Einbußen sind hinzunehmen?

Nach Aussagen von Industrie und akademischem Arbeitsvermittlungsdienst sind die Aussichten zwischen einem „Dr.“ und einem einfachen „Dipl.-Inf.“ identisch, das heißt momentan ausgezeichnet, wobei sich eine Änderung dieser Tendenz in den nächsten Jahren nicht abzeichnet. Wer also darauf spekuliert, aufgrund der Promotion später bessere Aussichten im Berufsleben zu haben, wird spätestens nach Abschluß seiner

Universitätslaufbahn eines Besseren belehrt.

Durch die explosionsartig angestiegene Studentenflut im Fach Informatik haben sich zudem die Rahmenbedingungen für Grundlagenforschung an der Universität extrem verschlechtert, obwohl nach übereinstimmender Meinung aller Politiker der Computertechnologie eine Schlüsselrolle für die Volkswirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zukommt.

So hat jeder hauptamtliche Wissenschaftler — Professor und wissenschaftliche Mitarbeiter — derzeit über dreißig Studenten zu betreuen, wobei das anhaltende Interesse von Schulabgängern am Fach Informatik für die nächste Zukunft noch Schlimmeres erwarten läßt. Der durchaus begründete Ruf nach einem „Numerus clausus“ für Informatik ist politisch aufgrund der zugeordneten Schlüsselrolle der Computer-Technologie allerdings nicht durchsetzbar.

Abnabeln

Die Überlastung der Informatik-Studiengänge an deutschen Hochschulen zeigt immer häufiger katastrophale Folgen: mangelndes Equipment, Massenübungen, hohe Durchfallquoten (gleiches bei spielsweise CW Nr. 23 vom 6. Juni 1986, Seite 1). Doch nicht nur an der Ausstattung rundum hapert es — dem wissenschaftlichen Nachwuchs verderben zudem schlechte finanzielle Aussichten, überkommene Reglementierungen und eine gleichgültige Bürokratie den Appetit auf eine Karriere an der Alma mater.

Zum Vergleich zur Betreuungslast eines Wissenschaftlers in der Bundesrepublik können Zahlen aus den Vereinigten Staaten herangezogen werden. Dort sind pro Wissenschaftler lediglich fünf bis acht Studenten zu verzeichnen, was natürlich erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung hat.

Diese derartig hohe Belastung an den bundesdeutschen Informatik-Lehrstühlen führt zum einen dazu, daß für betreuungsintensive Studien- und Diplomarbeiten mittlerweile Wartelisten von den wissenschaftlichen Mitarbeitern aufgestellt werden müssen, die dann natürlich auch Folgen für die Studiendauer haben. Eine Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer ist eine Illusion, solange die Universitäten keine Anreize für Absolventen bieten, an ihr zu bleiben und hier weiter zu arbeiten.

Zur Erlangung des „Dr.“- Grades genügt es nämlich nicht, mitzuhelfen, den Studenten abzutragen, sondern es ist darüber hinaus intensive Forschungsarbeit zu leisten. Aufgrund der bestehenden Überlastung kann diese Art von Grundlagenforschung für das Fach Informatik bereits derzeit nur noch am Wochenende oder nach Feierabend durchgeführt werden. Hiermit ist aber ein von der Universität beschäftigter Wissenschaftler seinem Berufskollegen gleichgestellt, der als extern Promovierender mit denselben Schwierigkeiten kämpfen muß.

Seit Januar 1984 existiert eine weitere Hürde für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Obwohl die Universität bereits zum damaligen Zeitpunkt erhebliche Probleme hatte, aufgrund der niedrigen Besoldung geeignete Bewerber für die angebotenen Stellen zu erhalten, wurde kurzerhand im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltsdefizits eine Absenkung der Eingangsbesoldung für Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst beschlossen, die natürlich auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Universitäten betrifft.

Dem Argument, daß die Beamtenschaft durch die Absenkung der Eingangsbesoldung durchaus auch ein „Notopfer“ für die Gesellschaft erbringen kann, können von den wissenschaftlichen Mitarbeitern an den Hochschulen Argumente entgegengesetzt werden: Wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen befinden sich nicht im unkündbaren Beamtenverhältnis, sondern sind Angestellte mit bestfahrenden Zeitverträgen, zumeist auf drei Jahre; wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen müssen dieselben Sozialabgaben wie ihre Kollegen in der Industrie leisten und profitieren auch nicht von Zusatzleistungen des Staates für seine Beamten.

Durch die Absenkung der Eingangsbesoldung erhält ein 25jähriger unverheirateter Informatik-Absolvent derzeit ein Bruttogehalt von zirka 3200 Mark, gegenüber einem Anfangsgehalt in der Industrie von mindestens 4300 Mark.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der die Problematik der Absenkung der Eingangsbesoldung verschärft, ist, daß geeignete Wissenschaftler mit Berufserfahrung kaum noch gewonnen werden können. Informatiker mit Berufserfahrung, die für einige Jahre an die Universität zurückkehren und ihre Kenntnisse dort weitervermitteln wollen, sehen sich dann Gehaltseinbußen von teilweise mehr als 2000 Mark pro Monat gegenüber.

Potentielle Kandidaten aus der Industrie, die zumeist in diesem Alter bereits eine Familie gegründet haben, sind damit wirtschaftlich nicht mehr in der Lage, eine Stelle an der Hochschule anzunehmen. Wertvolle Erfahrungen bleiben hiermit den Studiengängern der Fachrichtung Informatik verschlossen, eine Rückkopplung zwischen Hochschule und Industrie findet auf diesem Wege somit kaum noch statt.

Basierend auf den Erfahrungen in den letzten beiden Jahren wurden in verschiedenen Bundesländern teilweise völlig unterschiedliche Ausnahmeregelungen zur Absenkung der Eingangsbesoldung erlassen,

die hier am Beispiel Bayerns kritisch beleuchtet werden sollen. So existiert die Ausnahmeregelung, daß von einer Absenkung der Eingangsbesoldung abgesehen werden kann, wenn es sich um einen hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftler handelt.

Ein sogenannter „hochqualifizierter Wissenschaftler“ kann sich in Bayern dadurch ausweisen, daß er zahlreiche wissenschaftliche Artikel veröffentlicht hat, dies durch Gutachten von mehreren Professoren nachweisen kann, und wenn er das Prüfungsergebnis von nicht mehr als 20 Prozent der Absolventen dieser Fachrichtung übertrifft.

Ein Absolvent der Fachrichtung Informatik wird ebenso wie ein Informatiker mit Berufserfahrung in den seltensten Fällen anerkannte wissenschaftliche Veröffentlichungen in international renommierten Publikationen nachweisen können — dies sollte ja gerade auch ein Ziel seiner Arbeiten an der Universität sein. Ebenso ist ein Gutachten von mehreren Professoren zumeist nicht erstellbar, da zwar der Professor am einstellenden Lehrstuhl seine Gründe belegen kann, warum er eine Stelle gerade mit diesem Kandidaten besetzt hat. Der Professoren-Kollege indes ist in den meisten Fällen durch den Studentenberg überlastet und kennt bei den derzeitigen Massenveranstaltungen im Fach Informatik nur noch jene Studenten, die sich sehr stark für dessen Vorlesungen beziehungsweise Forschung interessieren.

Eine Regelung, die sich nur am Prüfungsergebnis orientiert, läßt weitere entscheidende Kriterien wie die Studiendauer und bei Kandidaten aus der Industrie deren Berufserfahrung unberücksichtigt. Durch die Wahl des Prüfungsergebnisses entsteht dieselbe Entwicklung wie an den Schulen im Rahmen der Kollegstufe, nämlich daß zum einen die leichtesten Vorlesungs- und Prüfungskombinationen gewählt werden, und zum anderen, daß die Gesamtstudien-dauer dadurch wesentlich erhöht wird.

Hochschulabsolventen, die diese Mindestnote erreicht haben, sehen sich allerdings auf der anderen Seite einer langwierigen Bürokratieprozedur gegenüber. Nachdem in Bayern im Mai 1985 die angeführte Ausnahmeregelung vom zuständigen Kultusministerium erlassen wurde, sind von den betroffenen Mitarbeitern an der Universität Erlangen bislang noch keine genehmigten Bewilligungen erhalten worden.

Verschiedene Arbeitskreise und die Personalräte an den einzelnen Informatik-Universitäten versuchen derzeit, auf die miserable Stellung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen hinzuweisen. Sie werden dabei von zahlreichen Professoren, wie Professor Dr. Peter Deussen, Karlsruhe, unterstützt, der bei einer wissenschaftlichen Fachtagung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in Bonn nachhaltig auf die ungünstige Situation an den Hochschulen verwiesen hat.

Eine seiner Aussagen lautete hierbei, daß die Absenkung der Eingangsbesoldung wissenschaftlicher Mitarbeiter im öffentlichen Dienst den Hochschulen nur noch geringe Chancen im Kampf um die Absolventen läßt. Weiterhin muß zu Recht befürchtet werden, daß durch die extreme Lehrbelastung ein geeigneter Wissenschaftskandidat nicht genügend Zeit für seine wissenschaftliche Arbeit an der Hochschule haben wird.

Während zumindest die Universität Erlangen-Nürnberg die Aufhebung der Absenkungsregelung befürwortet, hat das bayerische Kultusministerium nur Plattitüden der Art übrig, daß es eben „auch Bevölkerungskreise gibt, die ihre Familie auch in späteren Jahren mit weniger Einkommen versorgen müssen“. Diesem Hinweis an den wissenschaftlichen Nachwuchs, der mithelfen soll, in den nächsten Jahrzehnten die Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik weltweit herzustellen beziehungsweise den Kontakt mit den führenden Technologieländern zu wahren, ist nichts mehr entgegengesetzt.

Computerwoche
20. Juni 1986
Seite 8+9

Kommentar zur Wahl P.P.A

mgt...erlangen, 9.7.86, 21:56:37 uhr mesz.....

Die vorläufigen Ergebnisse der Hochschul-Gremien-Wahlen
am 8./9. Juli geben, wenn auch noch nicht zur Euphorie,
so doch zu Hoffnung Anlaß:

40% von uns, den Studentinnen und Studenten an der
Tech-Fak, sind zur Wahlurne gegangen.

An dieser Stelle möchten wir den Wählerinnen und Wählern
des RCDS (auch unter dem Namen "FIT" auftretend) dafür
danken, daß sie uns im Kampf gegen das Quorum
unterstützt und somit den 3. Sitz im Fachbereichsrat
beschert haben.

Es sieht also jetzt so aus, daß von der FSI-Liste die ersten
beiden und von der AGT-Liste der erste Kandidat reinge-
kommen sind. Gewählt wurden:

Ekkehard Orloff, FSI CIW

Andrea Heck, FSI Informatik

Uwe Eckstein, AGT

-aha- Peter

Der Kommentar : F.I.T. - oder die Kunst, sich mit fremden Federn zu schmuecken (Teil III)

Eigentlich hatte ich nicht vor, einen Fortsetzungsroman zu schreiben, aber es gibt Momente, wo schweigen mehr kaputt macht, als hilft.
Ich habe gerade im Wahl-Blackground einen Artikel ueber F.I.T. und Fachschaftsarbeit gelesen, und damit auch, das die FSI ein marxistisch unterwanderter Verein sei, dessen linkes Hetzblatt OUTPUT
Also mache ich da weiter, wo ich das letzte Mal aufgehoert habe.

"Wer Vermoegen hatte, betrachtete es nicht als persoenliches, sondern als gemeinsames Eigentum."
Dieser Satz steht nicht im Kapital, sondern in der Bibel. Und da der RCDS sich in christlicher Tradition sieht, muesste er eigentlich sich der Geschichte bewusst sein.
Wenn ich nun versuche, diese Position zu vertreten, nennt man mich einen "linken Systemver-aenderer".
Es ist alles gesagt, was zu sagen waere, wenn nicht ...
Ja wenn dem RCDS nicht jedes Mittel recht waere, ihre Demagogie unterzubringen. Ich finde es verwerflich, wie verleumnerisch alles links von Zimmermann ueber einen Kamm gekehrt wird, um den Eindruck zu erwecken, sie waeren die einzige moegliche Alternative zu dem ausbrechenden Chaos.
Obwohl, diesmal haben die Kollegen eine gehoerige Portion Selbstironie bewiesen : Den Elefanten im Porzellanladen, den sie dieses Mal losgelassen haben, um mit Dreck zu schmeissen, den haben sie auf das Plakat gemalt.
Einen Erfolg kann man den Damen und Herren heute schon lassen : Sie haben heute mit ihren Plakaten fuer die Wahl mehr Geld ausgegeben als alle anderen. Ich frage mich wirklich, ob es notwendig ist, Methoden der Wild-Zeitung innerhalb der Gremien - Wahlen

einzufuehren. Ich meine, dass man seinen guten Namen auf bessere Weise vernichten kann.
Dazu benoetigt man nicht, wie hier praktiziert, unqualifizierte Aeusserungen von sich zu geben.
Wenn diese Art von Aeusserung ein Mass von RCDS-Arbeit ist, so steht dieses Geschriebsel auf Punktliste ganz oben.

Es ist nicht richtig ueber jemanden heruziehen, der nur einen Fehler hat, naemlich das er sich selber ueberschaetzt.
Er ueberschaetzt seine Aktivitaeten und leider auch seine Popularitaet. (Und es scheint, er ueberschaetzt leider auch seine Kompetenz, andere zu vertreten.)
Vielleicht ist der RCDS sich seiner Schwaechen bewusst, er versteht es dann aber, sie fantastisch zu ueberspielen.

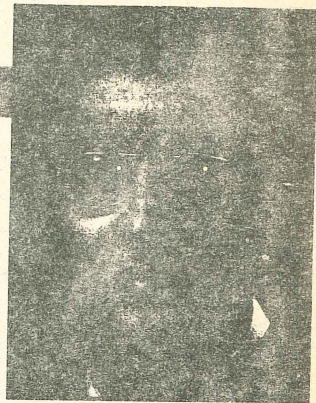
Ich frage mich, wozu ist der RCDS gut ?
Vielleicht ist er dazu gut, dass auf dem Stimmzettel auch ein zweites Feld zum ankreuzen ist. Aber das ist in meinen Augen zu wenig, zu wenig jedenfalls fuer den Aufwand, den sie im Wahlkampf betreiben.
Innerhalb des Semester ist da keiner. Es ist keiner da, wenn man sie braucht. Zum Beispiel, wenn Studienbedingungen verschlechtert werden oder die Durchfallquoten zu hoch sind.

Also frage ich mich : Wozu ist der RCDS eigentlich gut ?

Zu einem ist der RCDS allemal gut, naemlich diesen OUTPUT eine Seite dicker zu machen.

A.G.

Noam Chomsky sollte man nicht nur als den Schöpfer der gleichnamigen Grammatiken kennen...



**Noam Chomsky zur Nicaragua-Politik der USA:
»Je kleiner und unbedeutender ein Land ist, um so größer ist die Bedrohung.«**

DIE USA ^{aus Konkrete} BRAUCHEN DEN KRIEG

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Noam Chomsky gehörte zu den Zeiten des Vietnam-Krieges zu den erbitterndsten Gegnern der US-Regierung. Heinz Dieterich sprach mit ihm für KONKRET über die jetzige US-Politik in Mittelamerika

KONKRET: Präsident Reagan rechtfertigt sein Handelsembargo gegen Nicaragua damit, daß dessen »Politik und Aktionen« eine »ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik« der USA darstellten. Wie kann eine unterentwickelte Bauern-Nation eine »außergewöhnliche Bedrohung« für die Sicherheit der USA sein?

Chomsky: Reagans Behauptung, daß die Sicherheit der USA durch Nicaragua gefährdet sei, ist zu lächerlich, um sie überhaupt zu diskutieren. Daß jedoch die US-Außenpolitik gefährdet sei, ist in der Tat korrekt. In gewissem Sinne sind es die kleinen und schwachen Länder, welche die größte Bedrohung für die amerikanische Außenpolitik darstellen. Je schwächer ein Land, desto größer die Barbarei der USA. Dies trifft auch für den Fall Nicaragua zu.

Die fundamentalen Prinzipien der US-Außenpolitik, so wie sie mit großer Klarheit in den vierziger Jahren artikuliert wurden, dienen dazu, das zu sichern, was George Kennan einmal »den Schutz unserer Rohstoffe« nannte. Damit bezog er sich auf Lateinamerika. Dann erklärte er, gegen wen wir »unsere Rohstoffe« verteidigen müssen: angeblich gegen die Sowjetunion. Doch das sagt man nur, um die amerikanische Bevölkerung einzuschüchtern. In Wirklichkeit beschützen wir »unsere Rohstoffe« im wesentlichen vor der einheimischen Bevölkerung, der sie gehören. Denn diese einheimische Bevölkerung hat oft die Tendenz, »unsere Materialien« für ihre eigenen Zwecke zu verwenden, und das ist dann eine Verschwörung, die gestoppt werden muß.

Nun, warum sind so kleine Länder wie Laos, Grenada oder Nicaragua von so gro-

ßer Bedeutung? Offensichtlich deshalb, weil die wirkliche Gefahr dieser Nationen darin besteht, daß sie eine Politik zugunsten ihrer eigenen Bevölkerung beginnen und dann »unsere Rohstoffe« für ihre Zwecke benutzen. Falls diese Politik in irgendeiner Hinsicht erfolgreich ist, falls es gelingt, eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklungspolitik zu betreiben, die ein Modell für andere Länder sein könnte, dann hätte sie einen Demonstrations-Effekt. Je kleiner und unbedeutender ein Land, um so größer ist die Bedrohung.

Jeder, der die ersten Programme der Sandinisten sah, wußte, daß es sich bei ihnen um einen Feind handelt, der zerstört werden mußte. Das bedeutete natürlich, daß die Sandinisten angefangen hatten, »unsere Rohstoffe zu stehlen«. Sie drohten eine unabhängige und nationale Entwicklungspolitik außerhalb der amerikanischen Herrschafts- und Kontrollstrukturen zu betreiben, und damit stellten sie eine Gefahr dar für das ganze internationale Herrschaftssystem der USA, in welchem die Rohstoffe und die untergeordneten Länder für die Interessen jener Leute zur Verfügung stehen müssen, die in den USA die Wirtschaft beherrschen. Das muß gestoppt werden. In diesem Sinne handelt es sich um eine außerordentlich gefährliche Bedrohung.

Dieses Denken ist in der amerikanischen Außenpolitik immer sehr explizit gewesen. George Kennan sagte in einem Vortrag, den er auf einer Geheimkonferenz mit lateinamerikanischen Botschaftern hielt, daß wir nicht zögern dürften, die brutale Repression lokaler Regierungen zu akzeptieren. Es sei besser eine unterdrückerische Regierung zu unterstützen als eine liberale, die Kommunisten toleriert. Was er mit »Kommunisten« meinte, und was der Begriff wirklich in der politischen Rhetorik der USA bedeutet, ist klar: er bezieht sich auf jeden, der sich um Wohlergehen seiner eigenen Bevölkerung bemüht, anstatt um das Wohlergehen der USA. Daher versuchen wir, diese Leute in die Hände der Sowjets zu treiben, wie sich in unserer gesamten modernen Geschichte zeigt.

KONKRET: Außenminister Schultz sagte, daß das US-Handelsembargo »wenig Einfluß auf die nicaraguanische Wirtschaft haben werde«. Warum ist es dann verlängert worden?

Chomsky: Es hat Einfluß in dreierlei Hinsicht.

Ein »guter« Effekt des Embargos ist, daß es das Leiden in Nicaragua erhöht und wir damit wahrscheinlich größere interne Spannungen erzeugen.

Der zweite »gute« Effekt besteht darin, daß Nicaragua in die Hände der Sowjetunion getrieben wird. Dadurch bekommen wir die Rechtfertigung, die wir für die von uns geplante, genauer gesagt: bereits lau-

fende Aggression brauchen. Drittens hat das Embargo noch einen »guten« Effekt in den Vereinigten Staaten. Dort hofft die Regierung — ob es wirklich eintreffen wird, muß man sehen — daß man durch eine Konfrontation mit Nicaragua eine Welle chauvinistischen Fanatismus hervorrufen kann, so wie das viele Regierungen versuchen zu tun, wenn sie die eigene Bevölkerung für einen Angriff gegen irgendeinen verhassten Feind mobilisieren. Sie hofft, daß die Sowjetunion Schiffe entsendet, die dann von der US-Kriegsmarine aufgebracht werden können, damit dann eine schöne kleine Konfrontation entsteht, die die Leute noch hysterischer werden läßt, als sie sowieso schon sind, und so weiter und so weiter.

KONKRET: Ist es vorherzusehen, ob die USA militärisch intervenieren werden?

Chomsky: Ich bezweifle es. Ich glaube, wir werden in dieser Hinsicht ein bißchen manipuliert. Lassen Sie mich eine Analogie ziehen zur Situation in Vietnam in den sechziger Jahren.

Zu jener Zeit führten die USA eine außerordentlich starke militärische Aggression gegen Südvietnam aus. Genau genommen hatte diese Aggression bereits in den fünfziger Jahren begonnen, doch gegen 1965 war die Widerstandsbewegung in Südvietnam so stark geworden, daß die Vereinigten Staaten eine Invasion mit Bodentruppen durchführten. Im Februar 1965 wurden die Luftangriffe gegen Südvietnam außerordentlich intensiviert und der Süden hatte zu Lande und in der Luft, die Hauptlast der militärischen Aggression zu tragen.

Wenn wir jedoch die Proteste betrachten, sehen wir, daß sie sowohl in den USA als auch in Europa primär gegen die Bombar-

dierung Nordvietnams gerichtet waren. Die amerikanische Aggression gegen Südvietsnam provozierte nur sehr begrenzte Protesthandlungen. Das Pentagon selbst war sich dessen bewußt. In den »Pentagon Papieren« sind geheime Kommentare des damaligen Verteidigungsministers McNamara wiedergegeben, in denen er darauf hinweist, daß die wesentlichen Proteste in den USA und Europa sich gegen die Bombardierung den Nordens richteten und nicht gegen die weitaus schwereren Luftangriffe auf Südvietsnam. Der Grund dafür ist klar. Die Bombardierung Nordvietnams implizierte die Gefahr internationaler Komplikationen für die Vereinigten Staaten und für Europa, weil sie zu einem Weltkrieg hätte führen können. Daher verursachten sie Besorgnis. Aber im Falle Südvietnams handelte es sich lediglich darum, Bauern zu ermorden, was keine internationalen Komplikationen beinhaltete und daher auch nur wenig Protest hervorrief.

Die aktuelle Situation ist sehr ähnlich. Seit mehreren Jahren führen die USA eine massive, barbarische Aggression gegen El Salvador durch, die in der letzten Zeit noch intensiviert worden ist. Massive Bombenangriffe, die von US-Militärflugzeugen aus Honduras und Panama koordiniert werden, extensive *free fire zones*, und das wird alles noch ständig weiter intensiviert. Seit langer Zeit wird dort ein großes Massaker verübt, ohne daß es viel Protest gibt. Zur gleichen Zeit, im Rahmen der Aggression gegen El Salvador, greifen wir Nicaragua an. Das hat Proteste hervorgerufen, da es zu internationalen Komplikationen führen könnte.

Die Analogie mit den sechziger Jahren liegt sehr nahe, weil die Rolle El Salvadors der Südvietsnams sehr ähnlich ist und die Rolle Nicaraguas der Nordvietsnams. In beiden Fällen ist das allgemeine Motiv dasselbe: sicherzustellen, daß keines dieser Länder sich freimachen kann von der Herrschaft der USA oder von der Unterordnung unter das von den USA beherrschte globale System. Aber der Hauptangriff wird gegen El Salvador geführt, so wie er in den sechziger Jahren gegen Südvietsnam geführt wurde, und die Proteste sind gegen den Angriff auf Nicaragua gerichtet, so wie früher gegen die Aggression gegen Nordvietsnam, da in bei-

den Fällen internationale Konflikte entstehen können.

Daher bezweifle ich sehr, daß wir eine Invasion in Nicaragua durchführen werden, ebenso wie ich niemals glaubte, daß wir sie in Nordvietsnam machen würden. Wir werden versuchen, jedwede erfolgreiche Entwicklung dort zu verhindern und die Volksbewegungen in jenen Ländern zu zerstören, um die wir am meisten besorgt sind.

KONKRET: Das Dilemma der US-Regierung besteht, nach Worten eines Offiziellen, darin, daß sie weder ein zweites Kuba noch ein zweites Vietsnam will. Was kann sie also tun?

Chomsky: Sie kann das tun, was die USA in ihrer gesamten Geschichte mit Erfolg getan haben. Die gesamte Geschichte der USA in Lateinamerika hat darin bestanden, Volksbewegungen zu zerstören, jeden Versuch unabhängiger Politik zu vernichten und brutale und unmoralische Diktaturen

derer Phase, es ist nichts Neues. Alles was jetzt passiert, ist lediglich eine Wiederholung dessen, was sich schon dutzendmale vorher ereignet hat.

KONKRET: Weshalb ist es für die lateinamerikanischen Nationen unmöglich, souverän zu sein und ohne die Einmischung der Vereinigten Staaten zu leben?

Chomsky: »Wir haben also auf der einen Seite eine extrem klassenbewußte herrschende Klasse und auf der anderen Seite ein äußerst geringes Ausmaß politischen Bewußtseins in allen anderen Klassen.«



Foto: AP

zu installieren. Das ist der wesentliche Grund, weshalb Lateinamerika eine der wirklichen Schreckenskammern der modernen Welt geworden ist. Diese US-Politik ist älter als ein Jahrhundert.

Die USA griffen Nicaragua im Jahre 1854 an, als die US-Kriegsmarine die Stadt San Juan del Norte zerstörte. Angeblich war irgendein amerikanischer Millionär beleidigt worden, daher brannten die USA die Stadt nieder. In diesem Jahrhundert überfielen die Vereinigten Staaten Kuba, Panama, Mexico, Haiti, die Dominikanische Republik, Guatemala und Nicaragua. Und an jedem Ort, wo wir intervenieren, ist das Resultat fast immer das gleiche. Und das ganze hat nichts zu tun mit der Sowjetunion.

Was wir gegenwärtig erleben, ist eine an-

Chomsky: Das ist unmöglich, weil sie im Schatten einer gewalttätigen und sadistischen Supermacht leben, die entschlossen ist, sie zu kontrollieren und zu beherrschen.

Wenn wir uns fragen, weshalb die USA so viel Lärm um Kuba macht, dann ist die Antwort die gleiche. Die Antwort wird gegeben durch einige simple Statistiken.

Vor einiger Zeit wurde vom *Overseas Development Council* eine Studie veröffentlicht, die jedes Jahr unter dem Namen »Lebensqualitäts-Index« durchgeführt wird. Dieser Index wird gebildet aus Daten über Kindersterblichkeit, Sterberate, Lebenserwartung und Alphabetismus. Weltweit liegen an erster Stelle Länder wie Island und Japan, dann kommen die skandinavischen Länder und dann kommen die USA, die 97

...CHOMSKY-INTERVIEW

Punkte auf dem Index haben. Kanada liegt auf ähnlicher Höhe. Das nächste Land in Lateinamerika ist Kuba mit 95 Punkten. Dann müssen Sie bis zu 89 Punkten heruntergehen, bevor Sie an die reichen lateinamerikanischen Länder kommen. Jedes Land, das eine hohe Placierung auf dem Lebensqualitäts-Index hat, ist ein Feind von uns, muß ein Feind sein, denn offensichtlich benutzt seine Regierung ihre Rohstoffe für ihre eigenen Zwecke und nicht für unsere. Und

Noam Chomsky

Noam Chomsky, geboren 7.12.1928, ist einer der bedeutendsten Sozialwissenschaftler der Gegenwart. Seine Theorie der Sprache hat nicht nur die Linguistik revolutioniert, sondern Einfluß auf die zeitgenössische Philosophie, Psychologie und Anthropologie ausgeübt.

Während des Vietnamkrieges, war Chomsky derjenige Intellektuelle, der durch seine Diskussionen und Beiträge den größten Einfluß auf die Protestbewegung ausübte. Auf Straßen und in Colleges, in Universitäten und Senatsausschüssen denunzierte er den technologischen Vernichtungskrieg, den die USA gegen die rückständigen Bauerngesellschaften Indochinas führten.

Am 10. Juni dieses Jahres stand er wieder vor Gericht, weil er nach dem von Reagan erlassenen Handelsembargo gegen Nicaragua mit anderen ein öffentliches Gebäude blockiert hatte. Die Hoffnung, 1967 geäußert, daß der Widerstand gegen den Vietnamkrieg helfen könne, »andere kleine Länder vor dem Schicksal Vietnams zu bewahren«, soll heute von der Reagan Regierung endgültig ad absurdum geführt werden.

daher werden wir diese Feinde zerstören. Im Falle Kubas haben die USA alles getan, um die Kubaner in die Hände der Sowjetunion zu treiben und sicherzustellen, daß innerhalb des Landes ein Höchstmaß interner Unterdrückung und Brutalität existiert, um die Möglichkeit einzuschränken, daß Kuba ein Modell für andere werden könnte. Gleichwohl haben wir immer noch diese außergewöhnlich bedrohliche Entwicklung. Während in der ganzen Region, die die USA unterstützen und favorisieren, Folter, Mord, Hunger, Sklavenarbeit an der Tagesordnung sind, existiert in Lateinamerika dieses kleine Fleckchen Erde, das es in der Tat geschafft hat, die Vereinigten Staaten zu erreichen. Das ist erstaunlich, denn letztere sind, gemessen an jedem möglichen Kriterium, das reichste Land der Erde. Kuba ist eines der ärmsten Länder und hat dennoch in etwa den gleichen Lebensqualitäts-Index wie die USA. Das ist wirklich beunruhigend. Und das meinen sie, wenn sie sagen, sie könnten kein zweites Kuba tolerieren. Es ist

schlimm genug, daß es ein Land gibt, das als Modell für diese Art von Entwicklung dienen kann. Stellen Sie sich vor, es gäbe zwei oder drei...

KONKRET: Während der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg schrieben Sie in einem Essay, daß die Aktivitäten gegen den Krieg einige der Teilnehmer von den »vernunftzerstörenden ideologischen Pressionen des amerikanischen Lebens« befreien könnten. Was heißt das?

Chomsky: Die USA ist eine ungewöhnliche Gesellschaft: auf der einen Seite hat sie wahrscheinlich die klassenbewußteste *business class*, die klassenbewußteste Bourgeoisie, die man in irgendeinem Land der Erde finden kann. Diese Klasse ist organisiert, bewußt und entschlossen. Das ist deutlich zum Beispiel an der Entwicklung der Public-Relations-Industrie, die weitaus fortgeschrittener ist als irgendwo sonst. Sie geht zurück auf die ersten Jahren dieses Jahrhunderts und repräsentiert ein organisiertes, von der Geschäftswelt betriebenes Propaganda und Indoktrinationssystem, das auf das Denken der Bevölkerung gerichtet ist. Das erklärt, warum wir in den gesamten USA nur eine einzige kleine Stadt mit einem sozialistischen Bürgermeister haben. Das ist unvorstellbar in Europa. Oder die amerikanische Presse: Ich bezweifle, daß es dort einen einzigen Journalisten gibt, den man auch nur als »milden Sozialisten« bezeichnen könnte. Das ist unvorstellbar in irgendeinem anderen Land.

Wir haben also auf der einen Seite eine extrem klassenbewußte herrschende Klasse und auf der anderen ein äußerst geringes Ausmaß politisches Bewußtseins in allen anderen Klassen. Es existiert eine enorme Disparität. Das Resultat ist eine sehr entpolitisierte Gesellschaft. Es gibt sehr wenig Engagement im politischen Prozeß.

Ein Aspekt, in dem sich die Entpolitisierung widerspiegelt, ist die außergewöhnliche Religiosität in den Vereinigten Staaten, die weit höher ist als in irgendeiner anderen Industriegesellschaft. Ein anderer, der das Ausmaß der Indoktrination anzeigt, ist die Tatsache, daß Präsident Reagan öffentlich sagen kann, daß wir einen nationalen Notstand haben, eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit durch Nicaragua. Das ist so, als ob Gorbatschow sagen würde, daß Luxemburg eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Sowjetunion darstellt. Ich vermute, daß die Leute in der Sowjetunion darüber lachen würden, aber hier lacht niemand. Niemand protestiert. Das ist ein Beispiel für das Ausmaß an Indoktrination und Kontrolle, das hier herrscht. Dies sind einige Exempel für die »vernunftzerstörenden ideologischen Pressionen des amerikanischen Lebens«.

Auf der anderen Seite gibt es allerdings auch einige positive Charakteristika, die nicht vergessen werden sollten. Eines ist, daß die Bevölkerung dazu tendiert, ziemlich un-diszipliniert zu sein, im Gegensatz zur intellektuellen Klasse, die außerordentlich diszipliniert ist. Letzteres ist natürlich Teil der generellen Klassenbewußtheit der Privilegierten. Auf der Seite der Bevölkerung spiegelt sich das fehlende Klassenbewußtsein wider in einer Art natürlicher Dissidenz oder in einem Skeptizismus, einem Unwillen zum Gehorsam und einer gewissen Oberflächlichkeit gegenüber ideologischer Kontrolle. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir das Phänomen der amerikanischen Friedensbewegung haben, das so in anderen Ländern schwer zu erreichen sein dürfte. Sie ist spontan, unorganisiert, kommt aus allen Ecken des Landes und hält die US-Regierung in Mittelamerika

»In Wirklichkeit geht der Reagan-Diskurs weit über das hinaus, was Orwell jemals sich hat träumen lassen, aber andererseits ist er »transparent«. Man kann ihn nur als comic strip betrachten.«

zurück. Alles in allem haben wir also ein gemischtes Bild.

KONKRET: Weshalb gibt es so wenig intellektuelle, die sich engagieren?

Chomsky: Weil der persönliche Preis, den man zahlt, sehr hoch ist. Diese Gesellschaft ist sehr reich und bezahlt diejenigen sehr gut, die sich der Politik der privilegierten Sektoren anpassen. Auf der anderen Seite, wenn jemand seine Klasse verläßt, endet er nicht im Konzentrationslager, doch wird einem das Leben in vielfacher Weise schwer gemacht. Man wird isoliert und verleumdet.

KONKRET: Wie würden Sie ihre gegenwärtige politische Rolle in den USA definieren?

Chomsky: Es gibt gewisse Aktivitäten, die ich aufgrund meiner Ausbildung, meiner Erfahrung, meiner Position realisieren kann. Am häufigsten werde ich gebeten, in einer aufklärerischen Rolle tätig zu werden, d.h. etwas zu tun gegen die Sintflut von Propaganda und den Effekt der außerordentlich starken Indoktrination. Ich kann nicht einen Bruchteil der Reden halten, um die ich gebeten werde. Das ist physisch einfach unmöglich.

KONKRET: Wie verstehen Sie als Linguist den Reagan-Diskurs? Benötigt man George Orwells Buch »1984«, um ihn zu beschreiben?

Chomsky: Nein, dafür benötigt man keinerlei sprachwissenschaftliche Kenntnisse, sondern lediglich elementaren, gesunden Menschenverstand. In Wirklichkeit geht der Reagan-Diskurs weit über das hinaus, was Orwell jemals sich hat träumen lassen, aber andererseits ist er »transparent«. Jeder, der mit ein bißchen Intelligenz ausgestattet ist, kann ihn nur als *comic strip* betrachten.



AVE!

Für mehr Demokratie: Aktion Volksentscheid

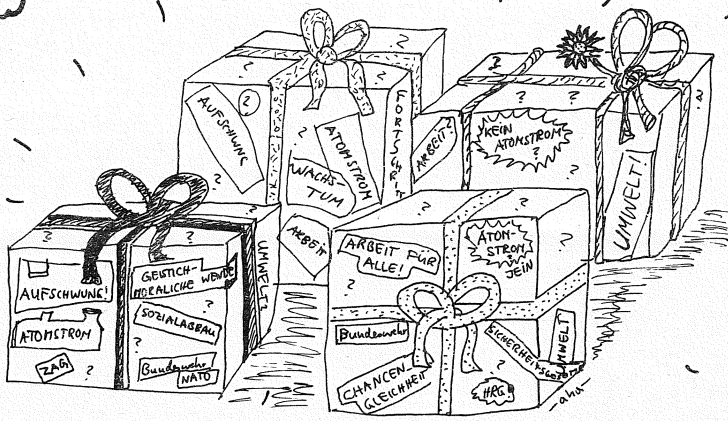
GG Art.20

- 1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- 2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- 3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- 4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Bürger und Bürgerinnen eines Landes als die Träger der Entscheidungsgewalt auf allen Ebenen - kurz: das Prinzip der Volkssouveränität gilt seit der französischen Revolution 1789 als der tragende Gedanke jeder Demokratie. Wie sieht es aber praktisch damit aus? Sind in der parlamentarischen Stellvertreterdemokratie schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft, oder ist, wie schon im Programm der Sozialdemokraten 1869 gefordert, die "Einführung der direkten Gesetzgebung (d.h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht), durch das Volk" eine unabdingbare Ergänzung?

Ist direkte Demokratie wünschenswert?

Im bei uns herrschenden Parteiensystem wird die Rolle des vielbeschworenen "mündigen Bürgers" immer stärker darauf reduziert, alle Jahre zur Wahl zu gehen und sich eines der zur Verfügung stehenden "Pakete" auszusuchen. Dabei gehen einzelne Sachfragen, in denen er oder sie sich ein differenziertere Meinung gebildet hat und die vom Programm der gewählten oder sogar von der Meinung aller wählbaren Parteien abweicht, völlig unter, so daß im Endeffekt nur die Wahl des subjektiv empfundenen "geringeren Übels" möglich ist.



↑ "WAHL" (aha '86)

Beispielsweise würden wohl viele Bürger/innen in einzelnen Fragen die Position der GRÜNEN annehmen, da sie aber deren ganzes Programm (auch mit einigen nicht sehr wohlüberlegten Plänen und Forderungen) mitakzeptieren müßten, bleiben viele lieber bei den althergebrachten Parteien; wohl auch aus Furcht, es könnte sich in unserer Gesellschaft zu viel auf einmal ändern.

Werner Maihofer spricht in dem von ihm (gemeinsam mit Hans-Jochen Vogel und Ernst Benda) 1983 herausgegebenen "Handbuch des Verfassungsrechts" von einem "plebiszitären Defizit des Grundgesetzes" (S. 1409) und kommt zu folgender Schlußfolgerung:

"Die tiefgreifende Wirklichkeitsveränderung und der grundlegende Wertwandel in den politischen Grundpositionen des heutigen Volkssouveräns lassen den fast vollständigen Ausschluß des 'ganzen Volkes', von dem doch in unserer vom Prinzip der Volkssouveränität bestimmten Verfassung 'alle Staatsgewalt ausgehen soll', nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen... Wir wundern uns heute über das Überwuchern der sonst so begrüßenswerten Bürgerinitiativen der Aktivbürger zu nicht nur lokalen oder regionalen, sondern auch nationalen Problemen unserer Politik. Sie sind, wie ich meine, auch Ausdruck eines Legitimationsdefizits unseres heutigen politischen Systems einer repräsentativen Demokratie. In dem zu viele der Grundsatzfragen von oben für das Volk und am Volk vorbei entschieden werden, auch wo sie das 'ganze Volk' zutiefst bewegen, weil sie auch wahrhaft das 'ganze Volk' angehen. In solchen Grundsatzfragen ist eine Befriedigung durch Entscheidung nur zu erreichen, wenn sie die Entscheidung des ganzen Volkes sind. Die hierzu geforderte Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid ist die gebotene Folgerung. Die Volkssouveränität muß ihr Recht haben und behalten, nach dem Grundsatz: 'Soviel Plebiszit: Partizipation wie möglich, soviel Repräsentation wie nötig!'" (a.a.O. S. 1410 ff.).

(zitiert nach W. Heidt)



Allerdings ist das Plebiszit nicht in jeder möglichen Form eine wünschenswerte Einrichtung. So meinte der Fernsehjournalist Dagobert Lindlau neulich, es gebe im Zuge der "neuen Intoleranz" in der Bundesrepublik eine Mehrheit für die Wiedereinführung der Todesstrafe, und daher sei es gut, daß unsere Demokratie nicht plebiszitär sei, weil sonst alles geschehen könne, wofür es eine Mehrheit gibt. (natur 6/86, Seite 551-53)

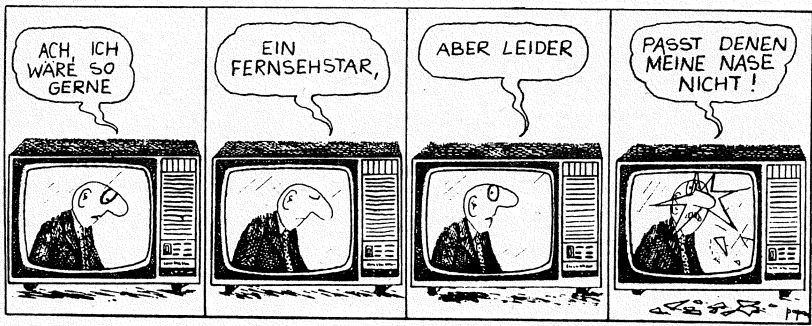
Allerdings leitet er diese Ansicht aus den unzähligen Briefen von Fernsehzuschauern ab, die er bekommt, und sagt selbst, daß diese Leute wohl nicht repräsentativ sind. Und es fehlt mir bei ihm die Einsicht, daß die Meinungen der Zuschauer nicht unwesentlich von den Medien selbst gesteuert werden. Wenn im Fernsehen bei den Auseinandersetzungen um die WAA permanent die Demonstranten als böse, staatsfeindliche "Chaoten" und die Polizei als die Hüter der Freiheit dargestellt werden - wen soll es da noch wundern, wenn die von manchen Politikern proklamierte Forderung nach mehr Waffen für die Polizei und Umverteilung der Demonstrationskosten vom "Steuerzahler" auf die Demonstranten mehrheitsfähig werden (was Lindlau in seinem Artikel auch erwähnt)?

Da wird klar: Die Kontrolle der Massenmedien, die oft genug nur die herrschende Meinung, d.h. die Meinung der Herrschenden zulassen, ist ein sehr heikler Punkt. Bei der Formulierung des Bundesabstimmungsgesetzes wird daher speziell erwähnt, daß alle zur Entscheidung vorliegenden Positionen eine gleichberechtigte und freie Diskussion in den Massenmedien ermöglicht werden muß.

Was solche abstrusen Forderungen wie der Einführung der Todesstrafe oder der Folter etc. betrifft: Auch die Volksgesetzgebung müßte an die rechtstaatlichen Grundprinzipien gebunden sein (Art. 19, Art. 20.3, Art. 79); im Streitfalle hätte das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden.

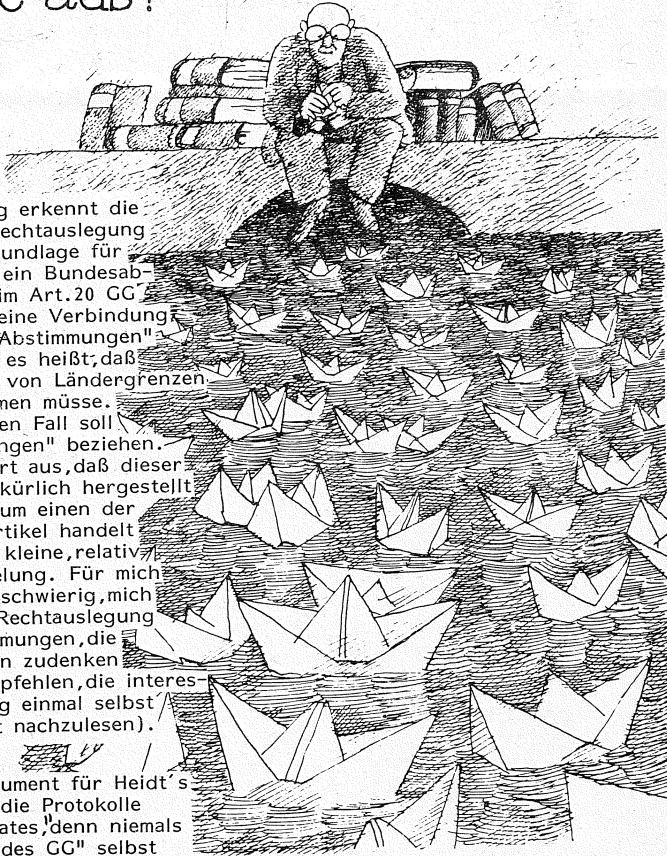
Als Problem der plebiszitären Demokratie darf man die Manipulierbarkeit von Menschenmassen jedenfalls nicht aus den Augen verlieren.

Ich teile aber mit den Initiatoren der "Aktion Volksentscheid" die Hoffnung, daß viele Menschen sich, wenn erst einmal die Möglichkeit, direkt an politischen Entscheidungen teilzunehmen, gegeben ist, vielseitiger Informieren und sachkundiger Urteile bilden werden.





Wie sieht die verfassungsrechtliche Grundlage aus?

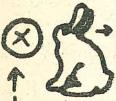


Mit folgender Begründung erkennt die (noch) vorherrschende Rechtsauslegung nicht an, daß die Rechtgrundlage für Volksabstimmungen bzw. ein Bundesabstimmungsgesetz bereits im Art.20 GG verankert ist: Sie stellt eine Verbindung her zwischen dem Wort "Abstimmungen" in Art.20 und Art.29,wo es heißt,daß im Falle der Neuordnung von Ländergrenzen das Volk darüber abstimmen müsse. Allein auf diesen speziellen Fall soll sich das Wort "Abstimmungen" beziehen. W. Heidt (1;S.15ff.) führt aus,daß dieser Zusammenhang völlig willkürlich hergestellt ist,da es sich in Art.20 um einen der wichtigsten Grundrechtartikel handelt und bei Art.29 nur eine kleine,relativ unbedeutende Zusatzregelung. Für mich als Nicht-Juristin ist es schwierig,mich in die ziemlich kreative Rechtsauslegung der beiden Juristen-Strömungen,die dort zitiert werden,hinein zudenken (ich kann aber jedem empfehlen,die interessante Auseinandersetzung einmal selbst in dem Artikel von Heidt nachzulesen).

Das überzeugendste Argument für Heidt's Ansicht sind aber m.E. die Protokolle des Parlamentarischen Rates,"denn niemals wurde von den "Vätern des GG" selbst ein Zusammenhang zwischen den Artikeln 20 und 29 hergestellt,oder die Aufnahme des Abstimmungsprinzips gar mit den Regelungen im Fall einer Länderneugliederung begründet". (1;S.17)

Außerdem wurde 1949 im Parlamentarischen Rat der Antrag von 4 Mitgliedern bei der lesung des Art.20 das Abstimmungsprinzip wieder zu streichen,von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Es kann davon ausgegangen werden,daß die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für das Plebiszit ein Verfassungsgebot ist,dessen Erfüllung uns sämtliche Parlamente seit 1949 schuldig geblieben sind.



BUNDESABSTIMMUNGSGESETZ

Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung des Abstimmungsrechtes der Bürger der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung des Grundgesetz-Artikels 20 Absatz 2 Satz 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen... ausgeübt.“

1. In Ergänzung der parlamentarischen Gesetzgebung (GG Art. 70 ff.) haben die abstimmungsberechtigten Bürger der Bundesrepublik Deutschland das Recht, Gesetzesinitiativen zu ergreifen.
2. Mindestens 50000 Stimmbürger können dem Deutschen Bundestag (z. Hd. des Bundestagspräsidenten) einen mit Gründen und mit den amtlich beglaubigten Unterschriften versehenen Gesetzentwurf vorlegen.
3. Der Deutsche Bundestag berät Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Volkes geschäftsordnungsmäßig vorranglich und führt spätestens ein halbes Jahr nach Vorlage einen Beschluß herbei.
4. Alle Massenmedien – Rundfunk, öffentlich rechtliches sowie privates Fernsehen und Presseorgane ab 100000 Auflage – sind verpflichtet, die jeweilige Initiative (= Gesetzentwurf mit Begründung) spätestens vier Wochen nach Vorlage beim Bundestagspräsidenten zu veröffentlichen.
5. Falls der Deutsche Bundestag einem ihm vorgelegten Gesetzentwurf nicht unverändert zustimmt und die Volksinitiative ihrerseits etwaige Änderungsvorschläge der Parlamentsmehrheit ablehnt, ist sie berechtigt, für ihr Anliegen ein Volksbegehren zum Volksentscheid einzuleiten.
6. Ein Volksentscheid findet statt, wenn mindestens eine Million Stimmbürger durch ihre Unterschrift das Volksbegehren unterstützen. Gibt es zu einer bestimmten Sachfrage mehrere Vorlagen, welche die erforderliche Unterstützung gefunden haben, wird darüber gemeinsam abgestimmt.
7. Zwei Monate nachdem ein erfolgreiches Volksbegehren dem Bundeswahlleiter vorgelegt wurde, beginnt für den Zeitraum von mindestens einem halben Jahr in den Massenmedien (gem. Ziff. 4 dieses Gesetzes) die freie und gleichberechtigte Information durch die Positionen der erfolgreichen Begehren.
8. Die Volksgesetzgebung ist – wie die parlamentarische – an die verfassungsgemäße Ordnung, wie das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sie festlegt (GG Art. 79 Abs. 3), gebunden.
9. Ob ein von einer Volksinitiative angestrebtes Gesetz als verfassungswidrig anzusehen ist, entscheidet im Streitfall das Bundesverfassungsgericht.
10. Bei der Volksabstimmung entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Erreicht keine der Vorlagen die absolute Mehrheit, wird die Abstimmung über die beiden erfolgreichsten wiederholt. Steht nur eine Position zur Abstimmung, wird mit Ja oder Nein entschieden. Gesetzesinitiativen mit verfassungsänderndem Charakter bedürfen der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.
11. Das Gesetz tritt einen Tag nach Feststellung des Abstimmungsergebnisses mit seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft.
12. Die näheren Einzelheiten dieses Gesetzes regeln die Ausführungsbestimmungen.

Das ist die Gesetzesvorlage, die die AVE in den Bundestag einbringen möchte. Hierfür werden Unterstützer-Unterschriften gesammelt.



Die Aktion Volksentscheid

Die "Aktion Volksentscheid" möchte ich lieber von ihren Initiatoren selbst schildern lassen:

1. Wer ist verantwortlich für die Aktion?

"Die Aktion Volksentscheid ist - nach mehreren Jahren gründlicher Vorbereitung und Erarbeitung der in Betracht kommenden Erkenntniszusammenhänge - im Herbst 1983 entstanden und um die Jahreswende 83/84 durch Veröffentlichung ihrer an den Deutschen Bundestag gerichteten **Petition** (Vorlage des Entwurfes eines Bundesabstimmungsgesetzes) an die Öffentlichkeit getreten (Die Zeit Nr. 1/1984: "Die Lehre aus dem Raketenbeschluß: In Lebensfragen der Nation muß das Volk auch direkt entscheiden können"). Verantwortlich für die Aktion ist deren **Initiativkreis**. Sie ist **überparteilich** und mit **keinen anderen Organisationen oder Verbänden verknüpft**. Sie wendet sich an den einzelnen mündigen Menschen. Mitarbeit von möglichst vielen ist erwünscht."

2. Was ist das Ziel der Aktion?

Das Ziel der Aktion ist der Beschluß des **Bundesabstimmungsgesetzes**, wie wir es als Entwurf dem Bundestag vorgelegt und der Öffentlichkeit bekanntgegeben haben. Der Beschluß kann entweder vom Bundestag gefaßt oder zu einer Volksabstimmung gebracht werden. In beiden Fällen muß der Bundestag die entsprechenden gesetzgeberischen Voraussetzungen schaffen.

3. Wie kann das Ziel der Aktion erreicht werden?

Da der Bundestag - obwohl er durch das Grundgesetz zur Verabschiedung eines Abstimmungsgesetzes **verpflichtet** ist (siehe unter 4.) - nach aller Erfahrung, die wir mit dem Parteienstaat gemacht haben, das Geforderte erst beschließen wird, wenn ein großer Teil der Bevölkerung dieses Anliegen erklärtermaßen und energisch verlangt, versteht sich die Aktion Volksentscheid als **politische Kampagne**. Sie will dem Bundestag möglichst viele **Zustimmungserklärungen** von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik vorlegen, um damit den entsprechenden Nachdruck hinter die Forderung zu bringen. Wir schätzen es so ein, daß der Bundestag auf das Anliegen erst eingehen wird, wenn mehrere Millionen - vielleicht 10, vielleicht 15 Millionen - Zustimmungserklärungen vorgelegt werden können. **Daher ist es nötig, daß möglichst alle, die das Ziel bejahen, möglichst viele Unterschriften sammeln.**"

(aus: „Kurzinformation“ über AVE)

Die Aktion finanziert sich übrigens durch Spenden und durch den Idealismus vieler freier und ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen. Weitere Informationen können angefordert werden bei:

AKTION VOLKSENTSCHEID
Hohbuchweg 23 / Tel. 08380 - 500
8991 Achberg

Interessent/innen/en können sich auch an mich wenden; Kontakt über das FSI-Zimmer oder Tel: 440058.

- andrea -

Literatur: (1) Die 25-seitige Broschüre "Der Kampf ums Plebiszit - oder: Eintreten für das Selbstverständliche" (Wilfried Heidt, 1984) liegt im FSI-Zimmer aus.



R.A.D.I.O.

In gut zwei Monaten wird sich das Hörfunkangebot im Raum Nürnberg-Erlangen schlagartig verändern. Der Bayerische Rundfunk in München und AFN Nürnberg werden private Konkurrenz bekommen.

Ab 15. September wird auf zunächst vier UKW-Frequenzen Programm gemacht, jeder kann sie über den Äther empfangen, es handelt sich nicht um Kabelrundfunk! Alle Anbieter sitzen in Nürnberg, ein 300-Watt-Sender auf dem Nürnberger Fernsehturm sorgt für den Empfang in und um Nürnberg, Erlangen, Roth und Lauf.

Die Frequenzen verteilen sich auf folgende Anbieter: Radio F ist eine Station, die von den Nürnberger Nachrichten und ihren Heimatzeitungen getragen wird. Radio Gong Nürnberg macht einen Boulevardsender, finanziert und kontrolliert vom Gongverlag und der Abendzeitung.

Die dritte Frequenz teilen sich die Neue Welle Franken (dahinter steht der Müller Telefonbuchverlag), Radio Arena (Colosseum Schallplatten) und ein Sportprogramm. Auf der vierten Frequenz tummeln sich kleinere Anbieter von Musikprogrammen - und auch Radio Z. Doch davon später.

Alle diese Programme haben ein gemeinsames Anliegen: Geld verdienen. Radiomachen ist sehr teuer, kein Unternehmen macht das nur zum Vergnügen. Das bedeutet, daß alle Sender versuchen werden ein massenverträgliches Programm zu machen, um über gute Einschaltquoten an attraktive Werbeaufträge zu kommen.

Das heißt konkret: musikalisch geht es tagein tagaus die deutsche Hitparade des Fachblatts "Musikmarkt" hinauf und hinunter. Dazu flotte Sprüche und "nette Unterhaltung", aber bloß bei niemand anecken oder allzu politisch werden! Zugegeben: gegenüber dem behäbigen Uralt-radio à la Bayern 3 ist auch das schon ein großer Fortschritt!

Dennoch wäre es sehr schade, wenn die neue Medienvielfalt nur in einer Dauerberieselung nach amerikanischen Vorbildern endet. (Wobei es aber auch in den USA nichtkommerzielle Mitmach-Sender an den meisten Colleges und Universitäten gibt!) Deshalb hat sich vor fast zwei Jahren in Nürnberg ein Verein gegründet, mit dem Zweck ein unabhängiges und nichtkommerzielles Hörfunkprogramm einzurichten.

Dieser Verein heißt R.A.D.I.O. eV: Rundfunk-Arbeitsgemeinschaft demokratischer Initiativen und Organisationen. Er wird getragen von zahlreichen Initiativen und Gruppen (z.B. E-Werk, KOMM, Desi, Opernstudio, Medienwerkstatt, Fliederlich) sowie über 200 privaten Mitgliedern.



R.A.D.I.O. eV wird sein Programm "Radio Z." nennen und ab 1. Januar 1987 auf Sendung gehen. Radio Z. wird auf der IV. UKW-Frequenz täglich von 17 bis 20 Uhr senden und eine Nachtschicht pro Woche übernehmen. Eine Ausweitung dieser Sendezeiten wird angestrebt.

Rechtliche Grundlage für die Arbeit unabhängiger Rundfunkanstalten ist das bayerische Medienerprobungsgesetz (MEG). Hier wurde festgelegt, daß jeder Programmanbieter, der sich zum Stichtag (das war bereits im April 86) um eine Berücksichtigung bewirbt, auch bei der Sendezeitvergabe zum Zug kommen muß. Auch weniger kapitalkräftige Anbieter dürfen nicht benachteiligt werden.

R.A.D.I.O. eV hat sich fristgerecht beworben und im vergangenen Monat (Juni 86) die Verträge mit der Nürnberger Kabelgesellschaft, die auch für den privaten Äther-Hörfunk zuständig ist, unterzeichnet. Von dieser Seite her steht Radio Z. nichts mehr im Wege. Was sind unsere Probleme? Mitarbeit und Finanzen!

JETZT ODER NIE !!!

Wenn noch nicht genug Leute und Finanzen da sind, warum hat es R.A.D.I.O. eV dann so eilig gleich zu Beginn privaten Hörfunks dabeizusein, später wird doch sowieso noch eine fünfte UKW-Frequenz eingerichtet. Außerdem, am Ende der "Versuchsphase" von vier Jahren, wird ja über die Frequenzvergabe noch einmal diskutiert.

Aber: nur wenn Radio Z. auch von Anfang an dabei ist, hat es einen Anspruch darauf Sendezeit zu erhalten. Später wird das im Ermessen der Kabelgesellschaft liegen. Und es ist mehr als fraglich, ob einem nicht-kommerziellen Anbieter wie Radio Z., der durch sein Programm die Werbeattractivität der Mit-Sender auf der gleichen Frequenz verringert, Sendemöglichkeiten gegeben würden.

WAS WILL RADIO Z. ?

Radio Z. wird von ehrenamtlichen Mitarbeitern gemacht. Das Programm wird sich wesentlich von anderen unterscheiden! Zunächst wird natürlich keinerlei Werbung gesendet (gesetzlich sind bis zu 12 Minuten / h erlaubt!). Z. will ein Sprachrohr derer sein, die im öffentlich-rechtlichen oder privaten Rundfunk wenig oder keine Beachtung finden.

Z. will denen, die sonst in Randgruppenpositionen verdrängt werden ein Forum schaffen, selbst Programme mitzugestalten. Anti-AKW-, Frauen oder Schwulengruppen, Dritte-Welt-Initiativen bis hin zu Schüler oder Gewerkschaftsverbänden werden bei Z. zu Wort kommen. Z. wird keine reinen Zielgruppensendungen machen, dennoch steht Z. allen Interessierten offen, die entweder selbst Sendungen produzieren möchten oder die Arbeit anderer Gruppen im Sender unterstützen möchten.

Z. wird und soll subjektiv sein, viele Stimmen werden zu Wort kommen - Radio Z. baut auf die Kritikfähigkeit seiner Hörer. Das gilt für die große Politik genauso wie für Kultur, Lokales und auch unsere Musik!

Radio Z. vertritt nicht die Interessen einer Lobby und bei "Z." sind Journalisten und Redakteure nicht der verlängerte Arm eines Intendanten oder Chefredakteurs. Z. ist Hörsender und wird von seinen Hörern mitgestaltet. Wer zweifelt heute noch die Notwendigkeit einer "Gegenpresse" an - weshalb sollte ein "Gegensender" nicht ebenso nötig sein?

RADIO Z. BRAUCHT HILFE !

Wir brauchen dringend weitere Mitarbeiter, die uns bei Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederwerbung und Sendevorproduktionen unterstützen. Auch Leute mit (rundfunktechnischem) Verstand sind gefragt! Wer mitmachen möchte oder sich auch nur informieren will, kann jeden Mittwoch nach Nürnberg ins KOMM (am Bahnhof) im Hinterzimmer ab 19h zum Treff kommen.

DIE GELD- FRAGE: WER KANN DAS BEZAHLEN?

Radio Z. finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, Einzelmitglieder zahlen 5 Mark im Monat = 60,- pro Jahr. Radio Z. benötigt ein Mitgliederpotential, das es uns erlaubt, die sendetechnischen Anlagen zu erwerben und die laufenden Kosten zu decken. Allein die Einrichtung eines kompletten Studios kostet über 100.000,- DM.

Im ersten Jahr rechnet Radio Z. mit kommunalen Zuwendungen, aber wir müssen uns selber finanzieren können. Jedem sollte dieses andere Programm 60,- wert sein, das ist nicht viel mehr als zwei Glas Bier im Monat. Wenn wir auch in diesem Fall zu lange schlafen, wird der Zug an uns - sprich an Euch - vorbeigefahren sein.

Näheres beim Autor (Adresse über die Zeitung) oder direkt von Radio Z. Singerstraße 26, 8500 Nürnberg 70.

Steffen Butcher

EIN FREIES RADIO.

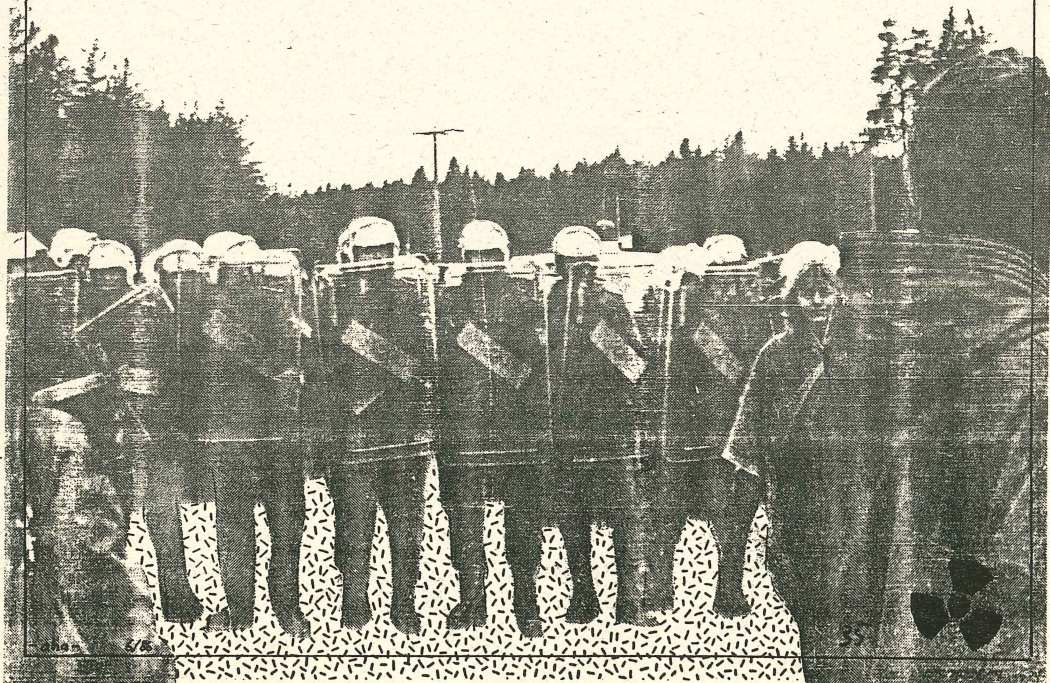
UNABHÄNGIG VOM GROSSEN GELD.

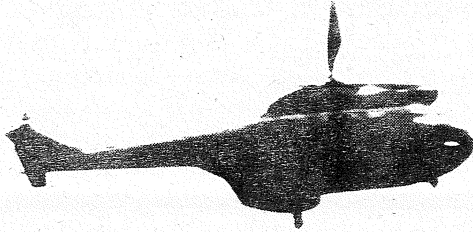
VON HÖRERN FÜR HÖRER.

IST DAS MÖGLICH?

LIEBER CHAOT ALS TOT ?!

Die geplante WAA in Wackersdorf ist und bleibt ein nicht tot zu schweigendes Thema. Dabei dürfte es derzeit wohl weniger um technische Risiken und Probleme dieser Anlage gehen, sondern viel mehr um die Art und Weise, wie die bayrische Staatsregierung und ihre Exekutivorgane, also hier die Polizei, das Projekt durchzusetzen versucht. Seit der Errichtung des Hüttendorfes und dessen Räumung haben die Vertreter der "harten bayrischen Linie" eins um andere Mal gezeigt, daß eine Steigerung ihrer Maßnahmen gegen Demonstranten immer noch möglich ist. Zwischen Weihnachten und Ostern gab es zunächst einmal, abgesehen von kleineren Zwischenfällen, Ruhe. Als allerdings bekannt wurde, daß ein Hauptziel der diesjährigen Ostermärsche auch das WAA Gelände werden sollte rüstete man von Seiten der Staatsregierung auf. Der Bau des mittlerweile berühmt-berüchtigten, äußerst stabilen (nach Möglichkeit "Chaotensicheren") Bauzaunes wurde so forciert, daß man noch vor Ostern die Fertigstellung des Millionencloos feiern konnte.





Auch überschlug sich das Innenministerium mit seinen
Wahrnungen vor Gewalttättern und Appellen an die
Bevölkerung den Bauzaun (und überhaupt die ganze
Osterkundgebung) zu meiden im Vorfeld der Ostermärsche
geradezu. Noch vor Ostermontag wurde ein Zeltlager
geräumt, Bauern die Demonstranten in ihren Scheunen
übernachten ließen, mußten sich von der Polizei
die Bude auf den Kopf stellen lassen und das Fernsehen
zeigte die beschlagnahmten "Mordwaffen".
Doch die Hoffnug, die Bevölkerung würde von der Sache
Abstand nehmen und erst gar nicht nach Wackersdorf
fahren, ging nicht ganz auf. Zum eigentlichen Kundgebungstag
erschieden dann (nach unserer Schätzung)
ca. 80000 Leute, die dann auch mal den Zaun sehen
wollten und prompt eine Ladung mit CS-Gas versetztem
Wasser abbekamen. Zuvor beteuert man von seiten der
Polizei, daß man nur versucht hat "Chaoten" vom
Zaun wegzuhalten. Aber wie erklärt sich dann, daß die
Polizei den Wasserstrahl in hohem Bogen über den
Zaun richtete, sodaß Leute in 50m Entfernung noch
von einem sanften CS-Regen getroffen wurden, oder
das gezielte befeuern von Demonstranten, die mit
erhobenen Händen vor dem Zaun standen oder ,oder , oder ??

Nach unserer Auffassung erklärt sich das Verhalten der Polizei vielmehr durch drei wesentliche Ziele. Erstens sollte der Bevölkerung suggeriert werden, daß es tatsächlich zu den Ausschreitungen gekommen war, vor denen in der Woche zuvor bürgerliche Politiker ein ums andere mal gewarnt hatten.

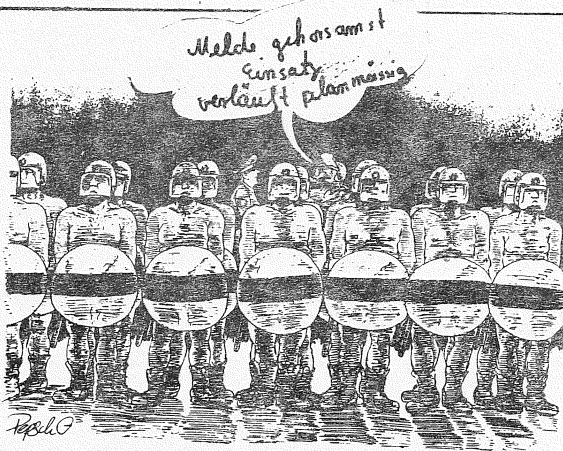
Zweitens sollten Demonstranten, deren Hemmschwelle zu gewalttätigem gering ist, provoziert werden. Beides dient dem Zweck den Widerstand zu spalten und gegenüber der Öffentlichkeit in das gewünschte Licht zu rücken.

Drittens sollten Demonstranten dadurch abgeschreckt werden, daß sie ernsthafte Gesundheitsschädigungen befürchten müssen. (Ein Asthma-kranker Demonstrant bezahlte die CS Einsätze der Polizei an Ostern sogar mit seinem Leben.)



Einen Tag später berichtete dann Günter von Lojewski in der Sendung "Report" von verummten Chaoten und davon, daß die Polizei ("unsere Polizei", wie vor dem Einsatz der Wasserwerfer betont wurde) uns Bürgern ein wichtiges Stückchen Demokratie (???) gerettet hat. Was ist aus der ehemals recht kritischen Sendung Report durch Kriecher wie Lojewski nur geworden? Noch ein Wort zu der Anzahl der Demonstranten. Herrmann Fricker, damaliger Polizeipräsident von Niederbayern und der Oberpfalz, bezifferte die Zahl der Wackersdorfer Ostermaschierer mit "gut geschätzt 30000". Selbst ein Blinder hätte gemerkt, daß weit mehr als doppelt so viele da waren. Wenn ein Polizeipräsident mit seinen Zahlen so daneben liegt gibt es eigentlich nur zwei mögliche Erklärungen. Entweder er hat sich ganz einfach verzählt - also er ist einfach zu dämlich - oder er hat bewußt die Zahlen manipuliert. Wie auch immer, Herrmann Fricker ist jedenfalls nicht mehr im Amt. Wer nun geglaubt hatte, daß die ins Kreuzfeuer der Kritik geratene Polizei etwas dazulernen würde, sah sich spätestens am 4. Mai bei Folk Festival und erst recht während des Pfingstcamps getäuscht. Die Konzentration der Reizstoffe in den Wasserwerfern wurde von Mal zu Mal verstärkt, und am Pfingsten glich der Einsatz von CS und CN - Granaten einem Silvesterfeuerwerk. An Pfingsten ist dann auch das Gewaltpotential, offensichtlich aufgrund der aufkommenden Frustration und der Ereignisse in Tschernobyl, stark angestiegen. Dies hatte zur Folge, daß auch einige ziemlich dumme Aktionen abliefen.





So wurden zum Beispiel zwei Polizeiautos in Brand gesetzt, und immer häufiger sind Polizisten mit Steinen beworfen worden, die allerdings auch öfters wieder zurückgeworfen wurden. Man sollte sich immer bewußt sein, daß die WAA vor allem deshalb nicht gebaut werden soll, weil sie eine Gefahr für Leben und Gesundheit darstellt.

Es läßt sich unserer Meinung nach nicht mit den Zielen der Aktionen vereinbaren, die Gesundheit von Polizisten (z.B. durch den Beschuß mit Stahlkugeln) zu gefährden. Nichtsdestotrotz war das Eingreifen der Polizei, an der an Pfingsten dargebotenen weise, nicht zu rechtfertigen. Doch damit nicht genug, von Seiten des Innenministeriums erwägt man den Einsatz neuer Waffen. Der Rüstungskonzern MBB arbeitet bereits an neuen Distanzwaffen für die Polizei... Es bleibt zu hoffen, daß sich der Widerstand auch durch all diese Ereignisse nicht spalten läßt.

Weiterhin ist es dringend erforderlich sich vermehrt Gedanken über das weiter Vorgehen zu machen.

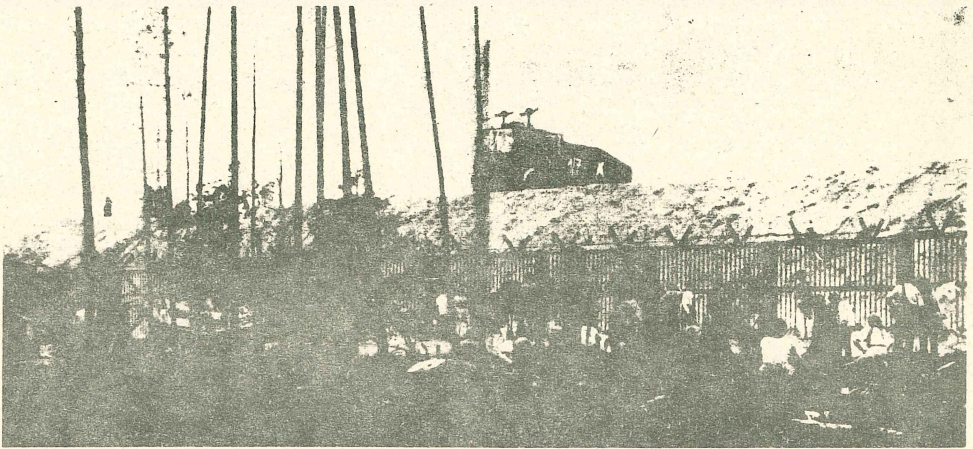
Die WAA wird weder durch den Einsatz von blinder Gewalt, noch durch Menschenketten um den Bauzaun zu verhindern sein. Zum Schluß noch ein Aufruf an alle "schweigenden" WAA Gegner : Kriecht endlich aus euren Löchern und beteiligt euch aktiv am Widerstand. Wenn die Anlage gebaut und in Betrieb genommen ist, und die Folgen Realität werden, kann sich keiner aus der Verantwortung stehlen, der jetzt entgegen besserem Wissen, nicht wenigstens versucht hat sie zu verhindern.

Charly & Miko von der AGT

Die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im oberpfälzischen Wackersdorf ist seit dem Frühjahr 1985 Schwerpunkt des Widerstandes der Anti-AKW-Bewegung. Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat die Warner vor den unkontrollierbaren Risiken der Atomenergie auf furchtbare Weise bestätigt: Das unbegrenzte Vertrauen in

Industrie und Technik bedroht nicht erst die Zukunft, sondern bereits die ganz konkrete Gegenwart der Menschen. Unser Autor gehört zu einer Gruppe von Hamburger Theologiestudenten, die nach der Katastrophe von Tschernobyl nicht, als wäre die Gefahr behoben, in den Studienalltag zurückkehren wollten. Sie führen zum

Pfingstcamp gegen die WAA nach Wackersdorf, um zusammen mit tausenden von Menschen gegen die weitere Nutzung der Atomenergie für zivile und militärische Zwecke zu protestieren. Ihre Überzeugung: „Theologie zu treiben heißt heutzutage auch, sich gegen lebensfeindliche Technologien einzusetzen.“



Theologiestudenten protestieren gegen das „Restrisiko“: Hätte Jesus, der im Tempel randalierte, auch am Zaun von Wackersdorf gesägt?

Schon am Waldrand hört man helle Hämmer-
töne. Eine Barrikade aus Baumstämmen, Reisig
und zerborstenen Teilen einer Schranke ver-
sperrt den Weg. Dann wird der Blick frei auf die
„Festung“: Hunderte von Menschen haben sich
vor dem Zaun aufgereiht, klopfen mit Steinen
rhythmisch gegen die Eisenstreben. Drei Meter
Höhe mißt der Zaun, auf seiner Spitze rollt sich
Stacheldraht. Hinter ihm erhebt sich der Fe-
stungsdeich aus Sand. Sein Teerplateau säu-
men Polizisten in ihrer Kampfausrüstung: Helm,
Schild und Schlagstock. Wasserwerfer richten
ihre Spritzkanonen warnend auf die Menge am
Zaun. Aus der Tiefe des Rodungsgeländes stei-
gen Hubschrauber lärmend in die Luft.

Wackersdorf, Pfingsten 1986: Der Staat rüstet
gegen die Bürger, die an diesem Wochenende
zu Tausenden vor das Gelände der geplanten
Wiederaufbereitungsanlage gekommen sind,
um gegen die zivile und militärische Nutzung
der Atomkraft zu demonstrieren.

Aus den Pfützen vor dem Zaun steigt bereits
der beißende Geruch des CS-Gases, wieder

und wieder schießen die Wasserwerfer Schwa-
den der Wasser-CS-Lösung auf die Menschen.
Nach jedem Einsatz schallt über Lautsprecher
die Uhrzeit. Gespenstisch wirkt dieses minutiö-
se Protokoll der Schlacht.

Stundenlang folgt die Auseinandersetzung ein-
em Rhythmus: Sobald sich die Wasserwerfer
zurückziehen, kommen die Demonstranten aus
der Deckung des Unterholzes. Einige sägen
und graben am Zaun, andere klopfen – bis zum
nächsten Gasangriff. Der Anteil des Gases im
Wasser soll noch höher als zu Ostern liegen:
damals starb bereits ein Mann an einem Asth-
maanfall.

Unsere Gruppe von sechs Theologiestudenten
hat sich gewappnet: In Regenanzügen, mit Tü-
chern vor Mund und Nase werfen wir verseuch-
ten Kohl über den Zaun. Mit unseren Wasser-
flaschen waschen wir Gas aus den Augen bei
schossener Demonstranten. Wir haben Zwei-
ergruppen gebildet, keiner soll im Falle einer
Eskalation allein sein. Frank hat sich die Tasche

mit Verbandszeug um die Hüften gebunden.
Auch die Bibel hat er eingesteckt. „Ich habe sie
bei jeder Aktion mit. Ich fühle mich dann siche-
rer“, erklärt er.

Auf den Vorbereitungstreffen für die Fahrt nach
Wackersdorf waren wir uns schnell einig, daß
wir die Konfrontation mit Polizei und Bundes-
grenzschutz meiden wollen. Mulmig ist uns al-
len, denn die Stimmung am Zaun droht ins
Unkontrollierbare umzukippen

Wir halten uns nach den Kohlkopfwürfen im
Hintergrund, trotzdem tränen Martins Augen
vom Gas: „Was ist das für eine Zeit, was ist das
für ein Land, in dem sie mit Gas auf Menschen
zielen, denen es um ihr Leben geht!“

Einfach zurück zur Tagesordnung?

Fehlen ist tödlich, wurde Frank ermahnt, weil er
in der letzten Woche beim Hebräischunterricht
fehlte: „Aber ich kann doch nicht, wenn uns die
Strahlen auf den Pelz rücken, im Unterricht sitzen



Auf der Flucht

und auf Hebräisch: er hat getötet, du hast getötet... rauf und runter leiten.“ Die Unerschütterlichkeit, mit der am Fachbereich Theologie der Studienbetrieb nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl weiterlief, kam uns allen absurd vor.

„Irgendwie hätte sich doch zeigen müssen, daß die Situation alles andere als normal ist. Durch mich ist ein Ruck gegangen, eine Aufforderung: es muß etwas passieren, ich muß mich für die Stilllegung der Atomkraftwerke einsetzen, ein Unfall kann hier genauso passieren!“ So formuliert Heike ihre Gefühle nach Tschernobyl. Der Wissenschaftsbetrieb Theologie aber schien sich vom Zeitgeschehen noch tiefer in das Versteck seiner Zitate zurückgezogen zu haben. Immerhin widmete sich die Sonntagspredigt eines Professoren Tschernobyl und der Atomenergie. Tenor: Gott läßt nichts zu, was er verhindern will. Die atomare Katastrophe gottgewollt? Gar ein als Strafe über die Menschen verhängter Schicksalschlag?

Wir sind uns einig: Die Menschen haben mit ihrem Weltentwurf das verfehlt, was Gott mit seinem Reich meint. Das „Reich Gottes“ ist nicht menschen-, nicht lebensfeindlich, es kalkuliert nicht mit der Vernichtung. Der Mensch hat die Verantwortung für sein Handeln. Und nur er kann und soll die Gefahren abwenden, die er heraufbeschworen hat. Die bessere Welt fällt uns nicht in den Schoß.

Unsere Umwelt und die, die uns regieren, reagieren anders. Zügig soll Normalität in das Unglück einkehren. Unangenehmes vergißt man gern und schnell; daß Strahlen unsichtbar sind, kommt dem entgegen. Noch ein paar Wochen H-Milch, kein Gemüse der Vorsicht wegen, und zum Ernährungsfahrplan gesellt sich das Gefühl, auch die Folgen der Strahlung berechnen zu können. Strontium und Cäsium scheint es nach offiziellen Entwarnungsdepechen nicht zu geben. Das Leben muß weitergehen. Tschernobyl liegt in der Sowjetunion, die deutschen Atomkraftwerke sind, selbstverständlich, sicher. „Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist ethisch verantwortbar“, sagt der Bundeskanzler, und ZDF-Löwenthal ergänzt, es sei „gefährlicher, an einer Versammlung von Atomkraftgegnern teilzunehmen, als neben einem Kernkraftwerk zu wohnen.“

Die meisten Menschen hätten wie Tote auf Tschernobyl reagiert“, findet Frauke. „Es ist, als

hätten sie schon aufgehört, an etwas Besseres zu glauben. Tschernobyl tötet uns wirklich, wenn wir in unserer Ohnmacht steckenbleiben. Ich halte meine Umwelt und auch mich am Leben, indem ich dort wirksam werde, wo Leben bedroht wird. Nach Wackersdorf zu fahren, ist für mich praktizierte Theologie.“

Die Verhältnismäßigkeit der Gewalt

Die Situation am Zaun spitzt sich zu: Häufig wirbeln jetzt Gasgranaten, vom Wasserwerfer abgeschossen, durch die Luft. Sie sind, bevor sie auf den Boden fallen, nicht auszumachen. Nur an dem trockenen Geräusch bei ihrem Abschub – kann man sie erkennen. Die Gefahr, von einer der unberechenbar fliegenden Granaten getroffen zu werden, ist groß. Sanitätern, mit dem roten Kreuz auf dem Rücken, das in eine geballte Faust ausläuft, gelingt es manchmal, die Granaten zurückzuschleudern. Zahlreiche Bürger aus der Umgebung sind jetzt da, wagen sich bis an den Zaun heran, die Übrigen beobachten das Geschehen vom scheinbar sicheren Waldweg aus. Aber dann knattern Hubschrauber knapp über die Baumwipfel. Aus der offenen Ladeluke werfen Uniformierte CS-Granaten in die Menge am Waldweg. Die Menschen stürzen in alle Richtungen, suchen Schutz. „Diese Schweine“, brüllt ein Herr im Sonntagsstaal, „was die machen, kann doch auch keiner, der für Atomkraft ist, mehr gutfinden.“

Später liegen wir vor unseren Zelten auf der vier bis fünf Fußballfelder großen Flur am Brückelsee, zwei Kilometer vom Bauzaun entfernt. Der Tag steckt uns nicht nur in den Knochen. Unsere Gesichter sind ernst und nachdenklich, die Gedanken bei den Ereignissen des Nachmittags, ein Gespräch kommt zunächst nicht auf.

Auf dem Gelände herrscht Aufbruchstimmung. Nach den Pfingsttagen müssen viele wieder zur Arbeit, das bunte Bild eng beieinanderstehen-

Im Pfingstcamp: Die Ruhe vor dem Sturm



der Zelte bekommt leere Flecken. Nur noch etwa tausend von zuvor sechstausend Pfingstcampen scharen sich um die Lautsprecher der Autoradios, um die offizielle Bilanz der Auseinandersetzungen zu vernehmen, die zu den „bislang härtesten in der Geschichte des Widerstandes um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gehören“ sollen. Lautes Klatschen, Jubeljauchzen zieht über den Platz, als bekannt wird, daß zwei Mannschaftswagen der Polizei in Brand gesteckt wurden.

„Ich fühle auch eine tiefe Genugtuung, wenn ich so etwas höre. Gleichzeitig weiß ich aber nicht, ob diese Eskalation der Gewalt gut ist. Oft läßt sich Gewalt gegen Sachen nicht von der Gewalt gegen Menschen trennen“ sagt Sabine. Dieter pflichtet ihr bei: „Gewalt gegen Menschen lehne ich auf jeden Fall ab. Mein Impuls zum Widerstand ist doch ein humanistischer.“

Ein Zwiespalt tut sich auf: die WAA ist ein staatlich abgesegnetes Projekt der Atomwirtschaft, bei dem Gewalt gegen Menschen – und sei es nur als „Restrisiko“ – ein kalkuliert wird. Ein Unfall hätte verheerende Folgen. Künftige Atombomben könnten mit Wackersdorfer Plutonium gebaut werden.

Wo sind angesichts dessen die Grenzen humanistisch verantwortbaren Widerstandes: Muß er sich auf friedliches Protestklatschen fernab vom Zaun beschränken, der Polizei und dem bayerischen Innenminister Hillermeier zum Wohlgefallen? Hört er beim Sabotageversuch auf? Oder noch lange nicht beim Steinwurf gegen Polizisten?

Frank sagt: „Ich kann mich an keiner Aktion beteiligen, für die ich nicht vorher habe besten können.“

Auflehnung gegen den schleichenden Tod

„Sie landen mit dem Hubschrauber, das ist genau wie in Brockdorf!“ – Schreiend läuft ein Pfingstcamper den zweihundert Leuten entgegen, die sich am Dienstag auf dem abends



Durch CS-Gas verletzt: Demonstranten werden die Augen ausgewaschen

zuvor verlassenen Lagerplatz eingefunden haben, um über „die weiterführenden Perspektiven des Widerstandes (nicht nur) gegen die WAA“ zu sprechen.

Scharen behelmter Bundesgrenzschützer tauchen aus der Bodensenke am Rande des Geländes auf, zwei Konvoys mit insgesamt fünfzig Einsatzwagen stoßen aus Ost und West hinzu. „Was wollen die noch hier, das Lager ist doch beendet und die Autonomen sind gestern abgefahren!“ ruft jemand. Die Flucht vor der Festnahme ist für die meisten zu spät. Das Gebiet ist von aller Seiten umstellt.

In Windeseile verbreitet sich die Nachricht: Hunderte von Einheimischen versperren dem Gefangenentransport den Weg, alle sind empört über diese unangemessene und willkürliche Verhaftungsaktion. Auf fast allen Wegen liegen Barrikaden, einige davon stehen in Flammen. Erst zwei Stunden später, nach einer halsbrecherischen Fahrt über einen schmalen Pfad, erreicht der Transport die Straße zur Amberger Polizeizentrale.

Ich bin die Nummer 28 bei der „erkennungsdiagnostischen Behandlung.“ Zeit genug zum Nachdenken: war das die Sache wert?

Nicht allein die Atomkraft bedroht das Leben, nicht erst seit Tschernobyl stehen die Maßstäbe des Menschseins auf dem Spiel. Tschernobyl hat uns „nur“ die Krise buchstäblich nahe gebracht, das Ende ist an uns vorbeigehuscht. Seitdem sollten wir uns öfter fragen, was eigentlich von Bedeutung ist.

Täglich sterben bereits Menschen am Einsatz der Technik für Macht- und Profitinteressen. Wer in dieser Situation nicht handelnd gegen die Vielzahl der Bedrohungen Stellung bezieht, verschreibt sich einer Ideologie der Apathie, die hilft, sich im jeweiligen Status quo einzurichten, mag in diesem auch der Tod schon stecken.

Dieter sagte einmal: „*Theologische Wahrheit äußert sich nicht in philosophischen Traktaten, sondern in der Tat, die sich für das Leben engagiert, um es zu entwickeln und zu erhalten.*“

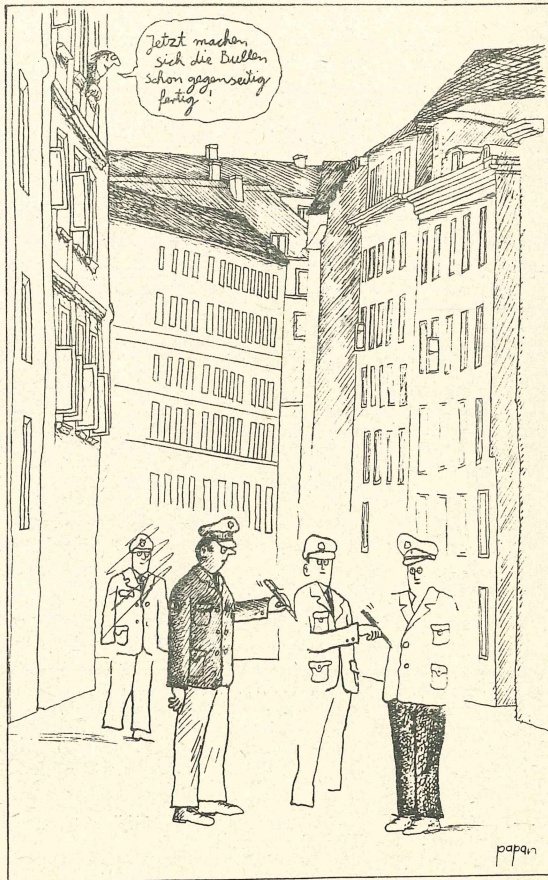
Pfingsten 1986 in Wackersdorf war in diesem Sinne eine Auflehnung gegen den schleichen Tod. Er zieht in uns nicht nur mit den Strahlen ein. Wir sterben auch, indem wir uns an alles gewöhnen, uns immerzu mit allem abfinden.

THORSTEN KNAUTH

aus „Unicum“ Juni 86

Dieses unser Land geht märchenhaften Zeiten entgegen: „Das Tischlein-deck-Dich“ ist zwar noch nicht erfunden und auch der „Esel-streck-Dich“ fehlt noch so manchem Finanzminister, aber ein Anfang ist gemacht: Der „Knüppel-aus-dem-Sack“ leistet dieser unserer Regierung bereits gute Dienste.

Elf



DER MÜNDIGE BÜRGER DENKT:

Warum nutzt Franz Josef Strauß seine guten Beziehungen zur DDR nicht, um endlich den WAA-Bauplatz chaotensicher zu machen ?

Erinnern wir uns:

Vor einiger Zeit vermittelte unser Landesfürst dem real existierenden deutschen Arbeiter- und Bauernstaat einen Milliardenkredit, für den als Gegenleistungen angeblich die Selbstschußanlagen am Zaun des größten deutschen Freizeitparks abmontiert wurden. Wozu ? Vielleicht um als Sonderangebot auf den internationalen Markt der "sicherheitstechnik" von der bayerischen Staatsregierung aufgekauft zu werden?

Es gibt bestimmt einen VEB (Volkseigener Betrieb) geben, der eine Mauer mit Minenstreifen, Selbstschußanlagen und Signaldrähten bauen kann. Dies würde die Polizei entlasten, Überstunden einsparen und dem Steuerzahler so manche Mark weniger rauben. Und weil die DDR-Grenze ohnehin viel länger ist, als der WAA-Zaun, hätte man auch noch etwas für die Grenze zu Österreich (Hessen ...) übrig.

Die Ruhe und Ordnung in diesem unseren Lande wäre damit wieder hergestellt.

Fragt sich nur, ob man den DDR-Technikern begreiflich machen kann, daß sie den Minenstreifen außerhalb des Zaunes anlegen sollen, um zu verhindern, daß jemand herein kommt!

Sicherlich käme es in der ersten Zeit noch zu Todesfällen und Verletzungen, aber derjenige ist ja selber schuld (wie am Zaun zwischen Ost und West).

Gerhard und Michael



Kein Grund zur

Sorglosigkeit

Manche Kinderärzte warten vor Schwangerschaften in den nächsten Monaten. Sollen Frauen, die schwanger sind, abtreiben? Diese Frage können wir nicht stellvertretend für Sie beantworten. Wir können die Fakten liefern, die die persönliche Entscheidung erleichtern. Sicher ist: Tschernobyl wird die Zahl der Mißbildungen und Krebserkrankungen bei Kindern erhöhen.

Anfang März hatte Hannelore R. von einem Tag auf den anderen mit dem Rauchen aufgehört. Sie achtete streng auf ihre Ernährung: Wenig Fleisch, viel Gemüse und Salat gehörten jetzt zu ihrem sorgfältig ausgearbeiteten Speiseplan. Sie ging nicht mehr in verrauchte Kneipen, wollte sich auch nicht mehr auf das Motorrad ihres Freundes setzen. Der Grund: Hannelore R. wußte, daß sie ein Kind erwartet.

„Seit Tschernobyl jedoch“, sagt die 21jährige, „scheinen mir alle meine Vorsichtsmaßnahmen absurd“. Sie hat Angst um ihr Kind, obwohl sie statt Milch, Gemüse und Salat, selbstverständlich Ananas, Kiwis und Orangen kauft. Hannelore R. fragt sich, ob sie nicht trotzdem abtreiben soll.

Dazu, meint Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth, dürften Ärzte auf gar keinen Fall raten, das sei weder mit der ärztlichen Ethik vereinbar, noch unter irgendeinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen.

Keine Gefahr für Kinder im Mutterleib — das erklärt auch der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Karsten Vilmar — auf Empfehlung des Vorsitzenden der Strahlenschutzkom-

mission, Professor Erich Oberhausen. Trotz aller amtlichen Beschwichtigungen suchten in den vergangenen Wochen Tausende von Frauen bei Ärzten und Beratungsstellen Hilfe, waren hastig organisierte Informationsveranstaltungen überfüllt. Auf besorgte Fragen (Kommt mein Kind mißbildet zur Welt? Wird es später an Leukämie erkranken?) können aber auch verantwortungsvolle Ärzte keine Antwort geben. Für den Einzelfall ist eine Vorhersage späterer Schäden kaum möglich.

Seit langem ist bekannt, daß Ungeborene durch radioaktive Strahlen gefährdet sind. Erste Hinweise, daß schon geringe Belastungen schwerwiegende Folgen haben, erbrachte die Medizinerin Dr. Alice Stewart von der Universität Oxford bereits Ende der 60er Jahre. Sie wies nach, daß Kinder von Frauen, deren Unterleib während der Schwangerschaft geröntgt worden war, fast doppelt so häufig wie andere Kinder an Leukämie und anderen Krebsarten erkrankten. Für ihre Untersuchung hatte sie die Daten von 19 Millionen Kindern ausgewählt, die zwischen 1943 und 1965 in Wales geboren wurden. Zu gleichen Ergebnissen gelangte auch Dr. Brian MacMahon von der Harvard-Universität bei einer Untersuchung von 800 000 Kindern.

Schon in den 50er und 60er Jahren beschäftigte sich der amerikanische Physik-Professor Ernest Sternglass mit den Folgen der radioaktiven Belastung. Heftig kritisiert wurde er für seine Behauptung, daß zwischen 1950 und 1965 rund 400 000 Kinder im ersten Lebensjahr an den Folgen radioaktiver Fall-Outs von Atombombenversuchen gestorben sind. Behörden und anderen Wissenschaftlern erschienen diese Zahlen überhöht. Später erforschte Sternglass auch die Auswirkungen der Strahlung aus Atomkraftwerken. Er fand heraus: In den ersten vier Monaten nach dem Reaktorunfall

von Harrisburg im Jahre 1979 starben in dem verstrahlten Gebiet 240 Kinder mehr.

Zu einer um 140 Prozent erhöhten Säuglingssterblichkeit und zu Mißbildungen kam es, als der radioaktive Ausstoß des Atomkraftwerkes »Dresden« im amerikanischen Illinois in den Jahren 1963 bis 1965 um ein Vielfaches anstieg.

Neben Krebserkrankungen und erhöhter Sterblichkeit sind Mißbildungen und Erbschäden die schlimmsten Folgen radioaktiver Belastung für Ungeborene. Eine Bestrahlung zwischen dem ersten und dem 18. Tag der Schwangerschaft führt meist zum Absterben des Keims, zwischen der dritten Woche und dem dritten Monat verursacht sie oft schwere Schäden wie Wasserkopf oder Herzfehler. Spätere Strahlensexposition kann die Organbildung schädigen oder die Entwicklung des Kindes verlangsamen.

Unbestritten unter Medizinern ist, daß Ungeborene und Kinder strahlengefährdeter sind als Erwachsene, und zwar schätzungsweise zehn- bis hundertmal stärker.

Das hat mehrere Gründe. Zum einen, weil sich die Zellen wachsender Organismen ständig teilen und dabei besonders empfindlich sind. Zum anderen werden bei Erwachsenen durch die gleiche Strahlendosis verhältnismäßig viel weniger Zellen geschädigt als beim Embryo, das nur aus wenigen Zellen besteht.

Alle radioaktiven Substanzen — auch das ist weitgehend unbestritten — lagern sich im Ungeborenen besonders stark ein. Es braucht nämlich für sein Wachstum verhältnismäßig viele Zellbausteine und nimmt daher auch viele radioaktive Partikel auf. So kann die Konzentration von radioaktivem Jod in der Schilddrüse bis zu zwölfmal höher, die von anderen radioaktiven Substanzen in einem wenige Wochen alten, ca. ein Gramm schweren Fötus, insgesamt 10 000mal höher sein als bei der Mutter.

Verhängnisvoll ist, daß der menschliche Körper das radioaktive Strontium 90 dem natürlichen Kalzium vorzieht. Während der Schwangerschaft wird daher bei der Mutter verstärkt Strontium abgebaut und dem Kind zugeführt.

Schwangerschaft

Ich hab mich etwas geärgert über diesen Kommentar im letzten "output", den Peter zu der Veranstaltung mit Jens Scheer abgegeben hat. Es mag ja sein, daß die Fachwelt Deutschlands mehrheitlich nicht die Auffassungen von Prof. Scheer teilt (wo arbeiten deutsche Strahlenschutzexperten?), in Amerika jedenfalls wird dieses Problem weitgehend anders gesehen. Den bisher besten Artikel zu diesem Problem fand ich in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift "Ökotest". Aus diesem Grund nachfolgend ein Abdruck.

Hans



Eingebaut wird das radioaktive Isotop fast ausschließlich in den Bereich der Knochen, der für das Wachstum verantwortlich ist, so daß die für den Embryo wichtigen Wachstumszonen besonders stark geschädigt werden.

Zerfällt Strontium, entsteht das radioaktive Yttrium 90, das sich in der Hirnanhangdrüse ablagert. Dieses erbsengroße Organ steuert den menschlichen Hormonhaushalt. Die Strahlung in der Hirnanhangdrüse führt zu schwerwiegenden Reife- und Wachstumsstörungen.

»Die Zahl der Kinder und Kindeskin- der mit Krebs in ihren Knochen, mit Leukämie in ihrem Blut oder mit Gift in ihren Lungen mag manchen Leuten statistisch klein erscheinen im Vergleich zu naturgegebenen Gesundheitsgefährdungen. Aber die ist keine natürliche Gefährdung und keine statistische Streitfrage. Der Verlust auch nur eines Menschenlebens oder die Verkrüppelung auch nur eines Säuglings — mag er auch erst lange nach unserem Ableben in die Welt kommen — muß uns alle angehen. Unsere Kinder und Kindeskin- der sind nicht nur

statistische Größen, denen wir gleichgültig gegenüberstehen können«, schrieb 1963 der damalige Präsident der USA, John F. Kennedy, in einer Botschaft an die Nation.

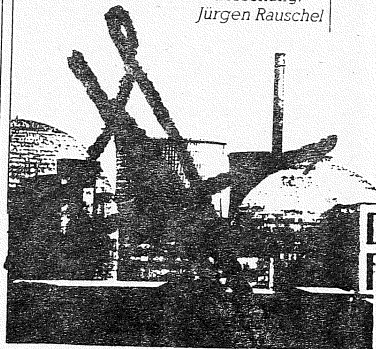
Von solchen Bedenken will Jahre später der Neuherberger Professor Wachsmann von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung nichts wissen. »Berechnet man die Strahlentoten«, erklärte Wachsmann als Mitglied der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP), »die jährlich in der ganzen Welt auftreten würden, wenn jeder Mensch die Dosen an künstlicher Strahlung, die die ICRP für zulässig hält, auch tatsächlich erhalten würde, so ergeben sich bei gemäßigter, das heißt also nicht bei optimistischer oder auch nicht pessimistischer Rechnung, jährlich 200 000 Strahlenopfer. Hinzu kommen jährlich etwa 70 000 genetisch schwer geschädigte, aber — zunächst wenigstens — lebensfähige Kinder. Auch diese Zahlen hinzunehmen, wäre ich — wenn es nicht anders möglich wäre — in Anbetracht des Nutzens, den uns die ionisierenden Strahlen bieten, bereit«.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, sorgt sich bereits um die künftigen Strahlenopfer. Am 10. Mai, zwei Wochen nach Tschernobyl, schrieb er ein Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Jugendmedizin zur Förderung aus: »Entwicklung und Reifung des chronisch kranken Kindes.« Es geht um die interdisziplinäre Erforschung des Verlaufs genetisch bedingter Erkrankungen, Störungen des Immunsystems, psychologische und sozialwissenschaftliche Versorgungsforschung, also um die bekannten Folgen atomarer Strahlung. Projektträger für dieses Vorhaben ist eben jene Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung.

Jürgen Rauschel



Bibli



Ist die "Linke" kinderfeindlich?

Diese Frage stellt sich, wenn man sich mit der heutigen Zeit beschäftigt: Die größte Angst der Kinder - noch vor der vor dem Tod der Eltern- ist heute die vor einem Atomkrieg, wie auf dem 6. Weltkongress der "Int. Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs" zu erfahren war. Diese Meldung sollte jeden sensiblen Menschen aufschrecken.

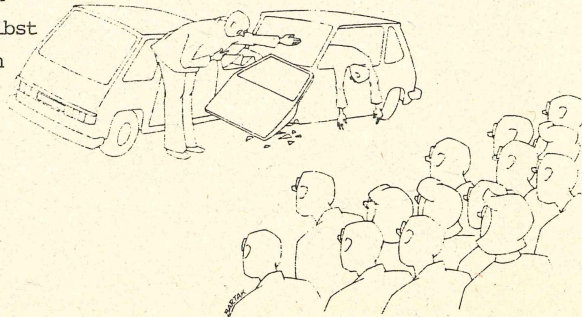
Den Kindern freilich nützt diese anerzogene Angst (ein Atomkrieg ist zu abstrakt, als das ein Kind ihn verstehen könnte) wenig, durch sie wird die Welt nicht besser, im Gegenteil: wir ziehen eine Generation von neurotisch Kranken und Unglücklichen heran.

Dieses Verhalten kann wohl kaum Elternliebe genannt werden, vielmehr werden die Kinder zum Mittel der politischen Auseinandersetzung degradiert, z.B. auf Demos.

Diesem Geist entspringt wohl auch der vorhergehende Artikel. In einem Wertpapierberichten nicht so unähnlichen Stil präsentiert der Autor "Fakten" als Entscheidungsgrundlage für den Ausstieg aus der "Investition" Schwangerschaft. Dabei wird der qualitative Unterschied zwischen Entscheidungen des täglichen Lebens und solchen über das Leben selbst mißachtet - wobei sich der Autor auch noch selbst widerspricht:

Die Kosten/Nutzen-Analyse des menschlichen Lebens, die der Autor im Allgemeinen ablehnt - siehe J.F. Kennedy-Zitat: "Der Verlust auch nur eines Menschenlebens (...) muß uns alle angehen. Unsere Kinder und Kindeskinde sind keine statistischen Größen, denen wir gleichgültig gegenüberstehen können." - will er bei jeder einzelnen Frau anregen. Die Analogie zur Euthanasie-Mentalität des III. Reiches, wo über lebenswertes und unlebenswertes Leben nach Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten entschieden wurde, liegt nahe.

An dieser Stelle sollte hervor- gehoben werden, das die Gefährdung der Kinder statistischer Natur ist, und erst am Ende ihres Lebens hätte entschieden werden können, ob sie tatsächlich betroffen gewesen wären; um bei der zynischen Betrachtungsweise des Autors zu bleiben, kann man, ob die Kinder nun krank geworden wären oder nicht, nur fragen, ob diesen Kindern nun die Abtreibung 'geholfen' hat.



Selbst inhaltlich betrachtet sind die "Fakten" des Artikels zu hinterfragen, die Darstellung des statistischen Materials ist unsauber:

So wird zum Beispiel einmal von einer Verdopplung der Leukemie-Rate gesprochen, ohne diese anzugeben:

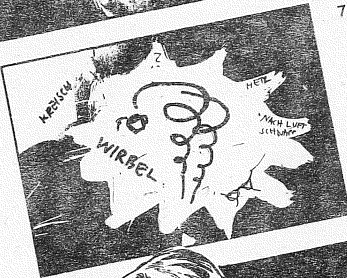
erkranken nun statt 0.001% 0.002% oder statt 0.01% 0.02%?

Und selbst die Angabe der 200 000 Strahlenopfer - so hoch diese Zahl auch ist - ist irreführend, da dieses nur etwa 1% der Gesamtzahl der jährlichen Todesfälle entspricht. Soll wegen diesen max. 1% allen Foeten das Lebensrecht vorzeitig abgesprochen werden?

Last not least sollte erwähnt werden, daß das Leiden der werdenden Mütter -durch die induzierte Angst- und das der abtreibenden Mütter vom Autor überhaupt nicht gesehen wird.

Wir wollen nicht die Gefahren verharmlosen (leider muß man dies immer explizit gesagt werden), aber wir meinen, daß die Konsequenzen, die der Autor zieht, weit schlimmer sind, als die aktuelle Gefährdung. Ein 'böses' Wort hierfür wäre Ökofaschismus.

Peter & Bernd



Veranschaulicht by - dahn -

In 30 Minuten startklar fürs Büro!

Wer morgens zu spät aus dem Bett kommt, geht meist ungeschminkt ins Büro. Dabei ist es bewiesen, daß auch Chefs gerne gepflegte Mitarbeiterinnen um sich haben. Mit einem kleinen Tages Make Up fängt der Arbeitstag gleich besser an.

- Hier eine Check-Liste für Morgenmuffel:
- 7.00 Uhr Der Wecker klingelt - ab unter die Dusche, danach wird eine Erfrischungsmaske aufgetragen und in der Zwischenzeit gefrühstückt.
 - 7.10 Uhr Maske mit lauwarmen Wasser abwaschen und Tagescreme auftragen. Die am Vorabend gewaschenen Haare werden auf Thermowickel aufgedreht.
 - 7.15 Uhr Sie beginnen mit der Make Up Grundierung - am besten mit einem Schwämmchen auftragen, danach abputzen. Anschließend Rouge, Lidschatten, Eyeliner und Wimperntusche auftragen.
 - 7.20 Uhr Lippen schminken und Haare ausbürsten.
 - 7.25 Uhr Anziehen und noch einen Hauch Parfüme.
 - 7.30 Uhr Ab ins Büro.

VISAGISTIN
Str. 45 Tel. 123456

Realsatire

ohne Kommentare...

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

Leserbrief

Gedanken bei der Outputlektüre

OH MANN, OH MAN, OH FRAU

Ein Normierungsvorschlag des "Kommittee zur gleichberechtigten Vereinheitlichung der deutschen Sprache"

Die älteren von uns werden sich vielleicht noch an die Zeit erinnern, als man noch einfach "man" sagte. Man studierte, man las Output, man schrieb Leserbriefe.

Nicht zuletzt durch die Frauenbewegung lernte man, daß man/frau besser "man/frau" sagt. Damit bringt man/frau zum Ausdruck, daß man/frau hinter diesem "man" einen richtigen Mann vermutet.

Neuere Quellen (s. Frühlingsoutput, Vollversammlungsbericht, S.6) zeigen hingegen, daß mann/frau den Orthographiefehler vergangener Zeiten neuerdings teilweise berücksichtigt. Dort liest mann/frau des öfteren die Schreibweise "mann/frau".

Unser Kommittee hat nun festgestellt, daß mann/frau immer noch gegen ein Gebot der Rechtschreibung verstößt. Mann/Frau schreibt nämlich Substantive (und um solche handelt es sich ja offensichtlich) im Deutschen groß.

Betrachtet Mann/Frau diese nun orthographisch einwandfreie Wortschöpfung unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung, so stellt Frau/Mann fest, daß die Frau noch an zweiter Stelle steht. Die Schreibweise "Frau/Mann" stellt zusätzlich noch eine Versöhnung mit alten Regeln der Höflichkeit dar (vgl. "Meine Damen und Herren !").

Um den chauvinistischen Beigeschmack dieser konservativen Floskeln zu umgehen, schlagen wir vor, daß Frau/mann zu "Frau/mann" übergehen sollte. Damit begehen wir natürlich wieder einen Verstoß gegen die Rechtschreibung, aber den muß Frau/mann bis zur endgültigen Gleichberechtigung hinnehmen.

Dies der Output-Redaktion zur geflissentlichen Kenntnisnahme und zum wohlwollenden Abdruck

für das Kommittee zur gleichberechtigten Vereinheitlichung
der deutschen Sprache
die (Pressesprecherinnen)/pressesprecher
 raimund rupert

P.S. Hat da jemand "mensch" gesagt? Dann doch bitte "Mensch".

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

Die Ritter von der Tintenburg

Das Ziel der Frauenbewegung war nichts weniger als die Etablierung einer neuen Gesellschaft. Von den Kulturträgern erwartet man, daß sie emanzipatorischen Werten und dem Voranschreiten der Zivilisation gegenüber aufgeschlossen sind.

Die Repräsentanten der Kultur finden sich auch an der Universität. Demnach müßte die Universität den Idealen der Gleichheit eine geistige Heimat bieten.

Fröstelnd durchschritten wir diese Hallen, ohne die Morgenröte der neuen Aufklärung zu erleben.

Als Institution ist die Universität symptomatisch für eine hierarchische Männergesellschaft, sozusagen ein Mikrokosmos des Patriarchats. Durch die linke und die feministische Sozialwissenschaft wurde sie angegriffen und war somit genötigt, sich zu rechtfertigen. Ihre Reaktionen auf diese Herausforderungen können daher ebenfalls als stellvertretend für die Reaktionen des Patriarchats auf Infragestellungen gelten. Darüber hinaus ist die Universität interessant, weil sie den Anspruch stellt, eine Heimat der aufgeklärten und denkenden Menschen zu sein. Damit ist «der Akademiker», vor allem der Sozialwissenschaftler, ein geeignetes Exempel für unsere Untersuchung der männlichen Denkprozesse.

Begeben wir uns also in ein Institut einer großen mitteleuropäischen Universität, in ein Institut, das sich durch die Publikation zahlreicher Studien zu aktuellen Fragen auszeichnet.

Es ist zehn Uhr vormittags. Sebastian Tulpenhuber springt aus seinem Opel Rekord, wirft sich die Lederschultertasche um und federt mit elastischem Schritt die Straße entlang. Seine dünnen Haare sind kunstvoll zu einer Locke geschlungen, und sein Blick streift die Straße nicht, sondern richtet sich blitzblau auf die Türen des angestrebten Gebäudes. Kaum ist das Tor erreicht, kommt ihm schon die erste Hürde entgegen: Es ist Silvio Harding, der Assistent. Mit einem eiligen Zuruf der Hast katapultiert sich Tulpenhuber an ihm vorbei in den ersten Stock, wo er Dokumente aus der Tasche reißt und sie der Sekretärin zuwirft. Hastig entfernt er sich sogleich vom Sekretariat, denn das Fotokopiergerät wirft, wie er glaubt, radioaktive Strahlen aus, die ihn verseuchen könnten. Noch ist er nicht in Sicherheit hinter den Türen seines Büros, da tritt ihm Professor Schmitz entgegen. Nun ist der Eile des Professors ein Ende gesetzt. Abgehackte Sätze über die letzte Sitzung, unterbrochen von rhythmischen Verbeugungen wie bei einer japanischen Teezeremonie, setzen sich einige Minuten fort.

Während die Begrüßungsrituale ihren Fortgang nehmen, sitzt im anderen Institutstrakt der Universitätsklinik Professor Meier schon an der Schreibmaschine. Mit vielen Fehlern und engzeilig, aber in rasantem Tempo, hämmert er gewaltvoll schon an der

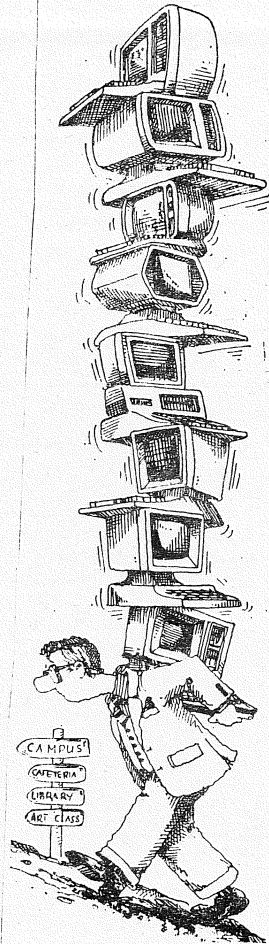
siebenten Seite seiner Arbeit. Schreibt er an einem Artikel? Arbeitet er an einer Untersuchung? Nein, er erstellt ein Gutachten über eine zehnzeitige Prüfungsarbeit. Im Gutachten finden sich Sätze wie: «Ich nehme an, daß es sich bei dieser Arbeit um einen Scherz handelt» und «Ich kann kaum glauben, daß Sie diese Arbeit in Erwartung eines erfolgreichen Abschlusses eingereicht haben.» Der Student wird, wenn er dieses Gutachten liest, erleichen. Wenn er dem Professor das nächste Mal begegnet, wird er fast in den Boden versinken. Er wird erstaunt sein, wenn Professor Meier ihm mit einem jovialen Zuruf und voll der Liebenswürdigkeit versichert, daß er selbstverständlich, natürlich durchgekommen ist, mit der Note 2, da es «einige Kritikpunkte gegeben hat, aber schließlich schreiben Sie ja keine Dissertation, sondern sind erst im Vorklinikum, um Gottes willen».

Die Existenz der Institutsmitarbeiter ist tagsüber akustisch untermauert vom Staccato-Geräusch seiner, des Professors, Handschreibmaschine. Es handelt sich um ein antikes Modell der Firma «Zeppelin». Den Untergang dieser Firma bedauert Professor Meier in regelmäßigen Abständen, denn die Modelle dieser Firma waren «unverwüßlich». Dieser Qualität war es zuzuschreiben, daß er noch Jahrzehnte nach Erstellen des Geräts auf diesem seine umfangreichen Werke und Kommentare verfaßte. Wenn man das Geräusch hörte, wußte man, jetzt wird wieder das hoffnungsvolle Werk eines Studenten abgeschossen. Jetzt wird eine Dissertation mit 40 Seiten Zynismus hingerichtet. Dabei schrieb Professor Meier, um sich gegen die Ansprüche jeder nur denkbaren Bürokratie abzusichern, nie mit weniger als fünf Durchschlägen, meist auf einem butterbrotfarbenen Papier, das offenbar auch aus der Gründerzeit des Zeppelins stammt. Desgleichen das Farbband. Lesen konnte man eigentlich nur die Durchschläge, das Original war total zerlöchert und war nur zu erstasten. Der «militärische» Eindruck von Professor Meiers Schreibprodukten wurde nicht nur durch die Geräusche, sondern auch durch die Optik des Resultats verstärkt.

Hierzu hat Florence Kind, die lange für eine Tageszeitung arbeitete und dort Leserbriefe zu beantworten hatte, folgendes beobachtet: «Verfasser vieler Briefe sind meist kranke, zornige, frustrierte Menschen; sie sind meist zwanghafte Maschineschreiber, und ihre Briefe haben eines gemeinsam: da die Autoren niemals das Farbband wechseln, hackt sich der Buchstabe «o» allmählich ein Loch durch das Band und hinterläßt auf dem Papier Durchlöcherungen wie aus einem Schrotgewehr.»

Professor Grisetzky ist auch schon in seinem Büro, jedoch nicht hinter dem Schreibtisch, sondern im Kleiderschrank. Er erwartet einen Journalisten, der ihm einige Fragen stellen will über harmlose Details des Studiums, wie viele Studenten sich eingeschrieben haben und ähnliches. Professor Grisetzky jedoch fürchtet sich und hat sich wie schon öfter in das Möbelstück zurückgezogen. In fünf Minuten wird der Journalist von der Sekretärin hören, er möge «ruhig klopfen und eintreten, der Professor erwartet Sie sowieso». Der Journalist wird klopfen, eintreten und einen scheinbar leeren Raum betreten. Die Sekretärin wird verwirrt (wo kann er bloß sein?), folgen, ein Geräusch im Schrank hören und ihn öffnen. Professor Grisetzky wird errötend und leicht zusammengekrümmt aus dem Schrank treten.

Die Assistenten werden sich später über diese Anekdote amüsieren; im Moment jedoch sind sie beschäftigt. Sie konspirieren mit delinquenten Studenten, die ihnen aus diversen Gründen leid tun; sie telefonieren heimlich mit Freunden im Ausland; sie tragen Briefmarken, Couverts und Hefte aus dem Institutsbestand nach Hause.



— > — > — > — > — > — > — > — > —

Die Studenten rebellieren gegen die Institution Universität. Ihre Rebellion, die in jedem Jahrzehnt neue Anknüpfungspunkte und neue Methoden findet, ist geleitet von der intuitiv richtigen Gleichsetzung ihrer Professoren mit den Vätern. Somit ist die Studentenrevolte eine Revolte gegen das Patriarchat, die aber umgelenkt wird in politisch weniger tiefgreifende, zeitlich begrenzte Bahnen. (Da auch die Studentenbewegung eine in ihrem Wesen patriarchalische Struktur hat, führt die Rebellion der Studenten zu keiner wesentlichen Veränderung.)

Die Institution selbst ist eine Schöpfung des Mittelalters. Politisch ist sie flexibel, jedoch mit einer Grundeigenschaft: Sie vertritt stets die Seite der Macht. So konnte sie sich auch dem Faschismus und Nationalsozialismus anpassen. In ihrem Wesen ist sie hierarchisch, natürlich. Rang ist wichtig, und er läßt sich an männlichen Kriterien messen. Bestimmte Gruppen werden gezieltermaßen «in Haft» genommen; sie verlassen die Universität nie. Der Statuskampf zieht sich durch alle Ränge und erfaßt auch die Frauen, die – wie ja auch im Patriarchat – bestimmten Männern zugeordnet sind, von ihnen ihren Status beziehen und sich daher mit ihrem Fortkommen identifizieren.

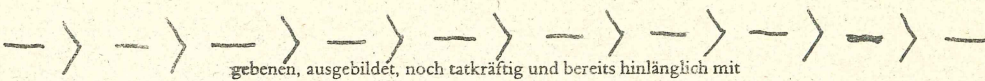
Die Universität besteht, wie auch das Patriarchat, aus Einzelpersonen, die sich ideologisch und persönlich eigentlich ganz anders einschätzen als die alte Institution, in der sie sich befinden. Trotzdem bilden sie, in der Masse, diese Institution, verhalten sich gemäß ihren Regeln und sind ihr lebendes Gerüst. Dieser geheimnisvolle Prozeß, der eine große Anzahl von an sich recht netten und aufgeschlossenen männlichen Menschen zu einem erdrückenden, Frauen ausschließenden und politisch rückschrittlichen Kollektiv werden läßt, findet also an der Universität ebenso wie überall in unserer patriarchalischen Gesellschaft statt.*

Auch Männer leiden an den Strukturen des Patriarchats, heißt es immer. Sie haben eine geringere Lebenserwartung. Sie leiden unter Stress. Sie müssen für alles verantwortlich sein.

Die Männer, die in der Universität ihr Leben verbringen, leiden ebenfalls an dieser Institution.

Die Universität ist eine Institution, die psychische Belastungen erzeugt durch die Zwiespältigkeit ihrer Strukturen. Diese Belastungen sind funktional in dem Sinne, daß sie nicht zu einer massiven Protessthaltung der organisierten Mitglieder führen, sondern eher zu individuellen Psychopathologien, körperlichen Beschwerden und intellektueller Resignation. Die Universität ist ein Brutkasten für psychosomatische Symptome. Sie ist dysfunktional in dem Sinne, daß sie eine umfassende Vergeudung der intellektuellen und moralischen Ressourcen des Landes zu verantworten hat, aber das ist der politischen Stabilität dienlich. Sie wertet das eher als Vorteil. Ebenso wie das Patriarchat funktioniert sie durch eine Motorik von Autorität und Unterwerfung: der einzelne Mann muß sich der Macht unterordnen, hat dafür aber auch an ihr teil. Wie andere Männerinstitutionen, etwa das Militär, verlangt auch die Universität den blinden Gehorsam, der sich äußert in der Befolgung sinnloser Regelungen. Menschen von Intelligenz und Phantasie finden sich als Vorstände mittelalterlicher Verbände wieder und werden sukzessive hineingezogen in die Maschinerie einer halb-kabarettistisch wirkenden akademischen Aristokratie. Die Rituale gleichen denen feudalistischer Höfe. Erwachsene Männer nennen einander immer noch «Magnifizenz»

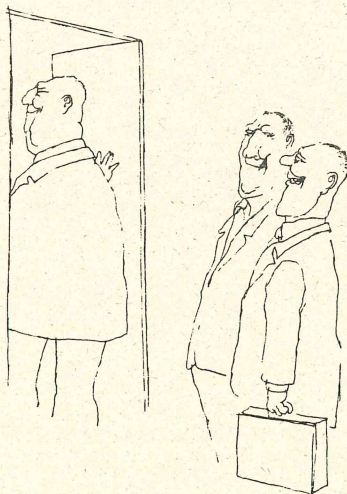
* Zur Illustration empfiehlt sich die Lektüre von Marlies Gummert, «Rede einer selbstbewußten Professorenfrau», in Luise Pusch (Hg.), «Feminismus – Inspektion der Herrenkultur», Suhrkamp, Frankfurt 1983.



gebenen, ausgebildet, noch tatkräftig und bereits hinlänglich mit Ideen und Ideologien vertraut, daß sie sich zum glücklichen Untertanentum nicht mehr eignen, können keinen offenen Widerstand leisten. Sie wiederum treten machtlos, verbal aber sehr aktiv und sich exzessiv in Flugblättern äußernden Assistentenorganisationen bei, brillieren auf Tagungen, fallen in ihrem Alltagsverhalten auf die Stufe trotziger Internatsschüler zurück und schmieden Elaborate von Rache- und Erfolgsplänen.

Warum griff die Universität als intellektuelle und sittliche Instanz nicht aktiver ein, als der Faschismus aufkam? Warum hat sie kaum sozialrelevante Ansätze zu bieten bei den wirklich dringlichen Problemen unserer Zeit? Warum herrscht eine permanente Unklarheit über die Kompetenzen und Aufgaben ihrer Disziplinen? Warum wälzen sich gerade die zentralen sozialen Wissenschaften in unendlichen Identitätskonflikten einer anscheinend ewigen wissenschaftlichen Pubertät? Die Antwort auf diese Fragen liegt, so glauben wir nach jahrelangen Studien, persönlichen Selbstprüfungen und einer nicht ganz schmerzlos verlaufenen Phase der Mitgliedschaft, in der *Institution* Universität.

Sie führt zu einem Verlust von Perspektiven, einer willkürlichen Hierarchisierung und einer Deformation von Denk- und Verhaltensweisen, wie es für totale Institutionen charakteristisch ist. Sie verbindet soziales Ansehen mit persönlicher Unterordnung, was zu kognitiven Dissonanzen, destruktiven Reaktionen und autoritärem Gehabe führt. Sie hält ein enormes Kreativitätspotential in geistiger Knechtschaft und materieller Abhängigkeit. Sie ist Aufbewahrungsinstanz für potentielle Sozialkritik, sie bietet Scheinaktivität, Scheinerfolge und einen kollektiven Zustand des Wahns, und die Sprache, die sie ihren Angehörigen zur Verfügung stellt, macht sie gegenüber jeder echten Kommunikation mit Außenstehenden hilflos.



»Lachen Sie weiter.
Er hat die Angewohnheit,
sich plötzlich umzudrehen.«



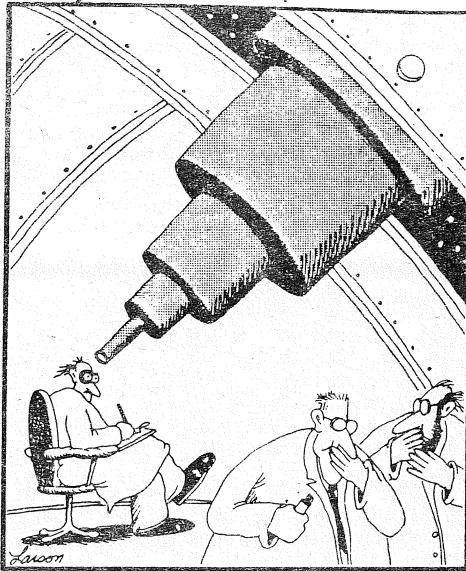
Emotional verarmt, umgangsmäßig verwahrlost, kreativ paralytisiert, gefangen in einem Kollektivwahn der elitären Wichtigkeit, haben die meisten Insassen das Stadium, in dem man Widerstand leistet und sich nach Rettung sehnt, längst hinter sich gelassen. Mit fanatischem Blick sitzen die Unglücklichen am Sonntag in der Institutsbibliothek und träumen von einem reichen Gönner, der sie zu Privatgelehrten macht und ihnen die Kant-Gesamtausgabe kauft. Keuchend, Magentabletten hinunterschluckend, hasten ihre Kollegen derweilen von Sitzung zu Ausschuß und zu Gremium und rasen anschließend in halsbrecherischem Tempo durch die Straßen, um im Evangelischen Akademikerklub einen Vortrag über den «etruskischen Demokratiebegriff als Herausforderung für den Christen» zu halten. Wir kennen diese Menschen. Sie sind wertvoll, begabt, gutwillig und krank.

Professor Tulpenhuber. Mager, gebräunt, hektisch. Zugleich beeindruckbar und resistent gegen jeden Einfluß. Wenn er von einer Auslandstagung zurückkehrt, steht er wochenlang unter dem Vorzeichen seiner Eindrücke. Er trägt die Volkstracht des dortigen Brauchtums, sieht nur mehr Zusammenhänge zu der dortigen Kultur, schmückt sich selbst äußerlich und innerlich mit den Souvenirs seiner Reise. Er trägt Kimonos, wenn er von der Jahrestagung in Tokio zurückkehrt, und in Seminaren über Familienpolitik in Österreich kommt es vor, daß er plötzlich aufspringt und ruft: «Erklären Sie einmal einem Bantu, was Familienplanung ist!»

Professor Tulpenhuber, renommierter und progressiver Klinikchef, ist zutiefst unglücklich, das macht ihn gelegentlich noch etwas sympathisch für seine Umwelt. Er leidet, und die Echtheit seines Leidens tröstet diejenigen, die mitleiden müssen (der Ursprung des Wortes Mit-Leid ist all seinen Mitarbeitern klar). Das Mitleid ist getrübt von anderen Emotionen, das schon. In den Gängen, den Büros, den Kaffeeküchen des Instituts wird geflüstert, gelacht; kaum kehrt Tulpenhuber einem gerügten und herumkommandierten Mitarbeiter den Rücken, kaum schreitet er rechtschaffen in sein Büro zurück, geht das Flüstern los. Die Tagebuchblätter, die er von der Sekretärin ins reine schreiben und für ~~einen~~ intimen Freundeskreis fotokopieren läßt, sind Allgemeingut des Institutspersonals. Ein Mitarbeiter liest vor, und die Assistenten ~~krümmen~~ krümmen sich vor hilflosem Lachen hinter ihren Schreibtischen. Eigentlich muß es ihm seltsam vorkommen: kaum ~~erörtern~~ seine (glücklicherweise geräuschvollen) Schritte im Gang, ~~erstarrten~~ erstarren alle zur ernstesten Betriebsamkeit, Gesichter maskiert mit dienstbereitem, bei Mahnungen unterwürfigem Interesse.

Professor Tulpenhuber hat jedoch wenig Zeit, sich um die Empfindungen seiner Mitarbeiter zu kümmern, er ist beschäftigt. Es quälen ihn: die Angst vor dem Untergang der klinischen Medizin, die Angst vor dem Alter, die Lage der Dritten Welt, sein eingebildetes Übergewicht (eine männliche Form von anorexia nervosa, denn er ist hager). Ferner ist er Mitglied unzähliger Kommissionen, Arbeitsgruppen und Komitees, und seine verbleibende Zeit versteht er mit katholischen Aktionen und Vorträgen in obskuren gräflichen Salons zu füllen, wo er als Atheist beschimpft wird, weil er neben der Bibel noch andere Bücher zitiert.

Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper, dieses klassische Motto beseelt die Lebensgestaltung Tulpenhubers. Das Professorenturnen findet an keinem Montag ohne ihn statt, und manchmal kehrt er mit schmerzverzerrtem Ausdruck und Geschichten von Mißhandlungen beim Fußballspiel zurück, und alle müssen seinen Überlegungen folgen, warum wohl Professor T. (der ihm



mit aller Wucht den Fußball zuschleuderte, ganz eindeutig mit bewußter Aggression) Gefühle des Ressentiments gegen ihn hegt. Kann es der Neid sein infolge seiner, Tulpenhubers, intellektueller und publizistischer Betriebsamkeit? Oder gibt es politische Gründe, weil sie in der letzten Kommissionssitzung einen gegensätzlichen Standpunkt vertraten? Auf jeden Fall ist es persönlich gemeint. Wenn er zu dem Schluß gekommen ist, daß ihm überhaupt und von allen Seiten Aggressionen entgegengebracht werden (und dieser Schluß liegt nie fern), so folgen Stunden des Selbstzweifels, in denen Tulpenhuber sich darüber klarzuwerden versucht, wer von seinen Mitarbeitern einen besonderen Groll gegen ihn hegt. Diese nichts ahnende Person wird dann zu ihrer Verwirrung von Tulpenhuber aufgesucht, mit einer kryptisch-anspielenden Bemerkung «gestellt», und zur «offenen Aussprache» aufgefordert.

Gegen eine feindliche Umwelt schützt Tulpenhuber nur das Vertrauen in eine verlässliche, ehrliche Person. Diese Person wechselt rasch und ständig, wie einst die Günstlinge am fürstlichen Hof. Oft ist es der oder die Mitarbeiter / in, die zuletzt eingestellt wurde. Diese wird kultiviert, zur Seite gezogen, mit besonderen Aufgaben betruet und zum Protégé auserkoren. Meist erhält sie eine Sonderausbildung in dem Bereich, der Tulpenhuber gerade fasziniert. Das kann ein Sight-and-Sound-Tippkurs sein, weil Tulpenhuber gerade den Standpunkt vertritt, daß Kopf- und Handarbeit nicht mehr zu trennen sind, oder eine Ausbildung in Gruppendynamik. Die Person wird beschenkt, mit Zusatzbezahlungen für die Extradienste entlohnt und von Tulpenhuber ständig konsultiert. Manche vertragen diese Zuwendung besser als andere, einige stilisieren sich kurzfristig zum Guru (diese Rolle bleibt den männlichen Intimi vorbehalten).

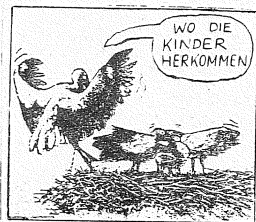
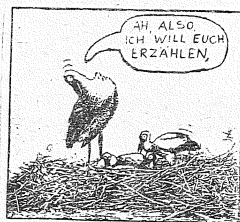
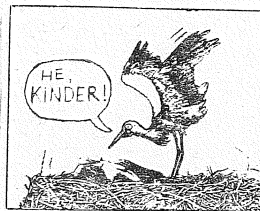
Der intellektuelle Anspruch gestattet es dem Akademiker nicht, persönliche Probleme zu haben – eine Verdrängungsleistung, die für Männer allgemein charakteristisch ist. Beziehungsprobleme ernst zu nehmen und zu erörtern, liegt unter der Würde eines richtigen Mannes; einzugestehen, daß die Probleme und Konflikte mit seiner Partnerin ihn unglücklich machen, würden der Frau ein viel zu großes Gewicht beimessen. Die Eskalation von Familienkonflikten und Trennungen ist zum Teil dieser Verdrängungsleistung zu verdanken. Bei den Intellektuellen findet die Bewältigung persönlicher Konflikte noch ein anderes Ventil: in der Theorie. Assistenten und Mitarbeiter wissen genau, wie oft die Themenwahl ihres Professors sich haarscharf orientiert an den Etappen seiner persönlichen Biographie. Für die Leser seiner Werke ist der Zusammenhang oft nicht mehr zu erkennen, da er verschüttet ist in einem Wust von Tabellen und Abstraktionshöhen. Wer außer seinen Intimi weiß, daß der Kummer über die davongelaufene Ehefrau Herrn Prof. X. zu einer Studie über Trennungen verleitete, oder daß die Midlife-crisis von Professor Y. es ist, die ihn dazu treibt, seine bekannten Thesen über die Haltbarkeit christlicher Ehen zu revidieren und plötzlich statt dessen Ergebnisse zu publizieren, die zeigen, wie wichtig außereheliche Liebesbeziehungen für den persönlichen Entwicklungsweg sein können. Professor X's neueste Studie über die Lebensphasen des Mannes zum Beispiel, mit einem Forschungspreis versehen und als Standardwerk angelegt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die wissenschaftliche Fassung seiner persönlichen Alters- und Ehekrise: eigentlich eine Exegese seines Seitensprungs, 350 Seiten lang, mit Fußnoten und Appendix.

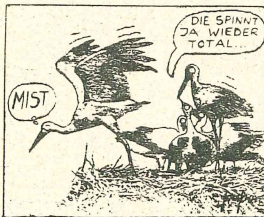
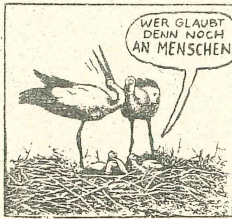
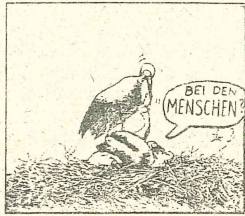
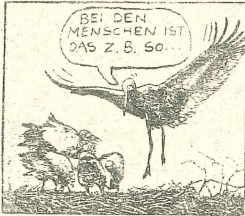
Gegen eine subjektive Motivation bei Forschung und Wissenschaft ist nichts einzuwenden; im Gegenteil, die feministische Wissenschaft fordert nichts anderes. Diese Subjektivität aber wird gelehnet. Männer schreiben und forschen rückwirkend und im Interesse der eigenen Biographie, das heißt, in ihrem männlichen Interesse gegenüber den Frauen, meist gegenüber einer ganz konkreten Frau, oft der Ehefrau, Geliebten oder Ex-Ehefrau, oder aber der imaginären Frau, der Weiblichkeit, die nicht bewältigt wurde. Das heißt, daß die subjektive «Arbeit an sich selbst» im Falle dieser Wissenschaftler eine objektive Arbeit gegen die Frauen wird.

Indem die Wissenschaft sich der Geschlechterfrage annahm, wurde sie wieder nur zu einem Instrument der Geschlechtsproblematik des einen Geschlechts, der Männer. Lediglich die Art der Privilegien modernisierte sich, indem emanzipatorische Phrasen die Rechtfertigung lieferten für die Ergänzung alter Vorrechte durch neue Freizügigkeiten. Die Ehefrau, die dem Sprung von den traditionellen Wertmustern zur zweiten Jugend ihres Professoren-gatten nicht folgen konnte, konnte nun ohne Schuldgefühle mit dem Vokabular der sexuellen Revolution und der «Emanzipation» zurückgelassen werden.

Akademiker, vor allem Sozialwissenschaftler, sind von ihrem Selbstverständnis her Menschen, die alles in Frage stellen, die jeden Lehrsatz grundsätzlich in Zweifel ziehen, die prüfend, kritisch und mit intellektueller Skepsis an jedes Problem herantreten.

In ihrer persönlichen Lebensgestaltung überwiegen andere, bequemere Werte. Der typische Karriereverlauf ist organisiert in Anlehnung an altradierte und erprobte Muster. Die Partnerin des Sozialwissenschaftlers ist meist vom selben Fach. Sehr häufig hat man sich während des Studiums kennengelernt. Nicht selten sind





auch Ehen zwischen Assistenten, Lektoren oder Professoren und ihren Studentinnen. Nach der Ehe findet eine radikale Gabelung der weiteren Lebensplanung der beiden statt: der Mann wählt den Weg der wissenschaftlichen Karriere, die Frau die bescheidenere Bahn. Auffallend oft sind Universitätslehrer mit Haupt- und Realschullehrerinnen liiert. Dieser Beruf ist ideal, denn die Frau ist in einer respektablen, bildungsverwandten Sparte tätig, kommt jedoch schon am frühen Nachmittag nach Hause, so daß sie den Haushalt und die Familie vollständig betreuen kann, und steht in ihrem Status so tief unter ihrem wissenschaftlich arbeitenden Mann, daß irgendwelche Rivalitäten und Konkurrenzgefühle von vornherein ausgeschlossen werden können.

Manche Sozialwissenschaftler heiraten auch eine Kollegin. Gemeinsame Forschungen und Publikationen sind dann üblich, wobei die Frau intellektuell immer – sozusagen wie die Frau im Orient – die fünf Schritte hinter ihrem Gatten zurückbleiben muß. Wenn ein Ehepaar zusammen veröffentlicht, dann ist es z. B. so, daß die sonst übliche alphabetische Reihenfolge der Namen umgekehrt wird. Wenn die Frau also Anna Schmidt heißt und der Mann Xavier, kommt der Xavier zuerst. Die Frau versteht sich als Teil eines intellektuellen Teams, und der Teamgeist spornt sie an, eventuelle Kränkungen und Zurücksetzungen ihrer Person zu ertragen. Sie und Xavier sind schließlich eine Einheit, zusammengeschmiedet durch den Auftrag, Bedeutendes zu leisten – eine Art geistiges Tandem, auf dem zufällig der Mann vor sitzt. Außerdem, so ist man sich einig, möchte man auf nichts verzichten, auch auf die Kinder nicht. Die Frau ist bereit, zugunsten der Familie vorübergehend etwas zurückzutreten. Schließlich kann sie weiterhin an den Forschungsprojekten mitarbeiten, weiterhin mitpublizieren, wenn auch nicht so konzentriert wie ihr Mann. Später dann, wenn die Kinder erwachsen sind, wird sich alles wieder einpendeln und ausgleichen. Man wird gemeinsam ein aktives Alter erleben mit dem Rückblick auf ein ausgefülltes Leben und eine echte, geistige Partnerschaft.

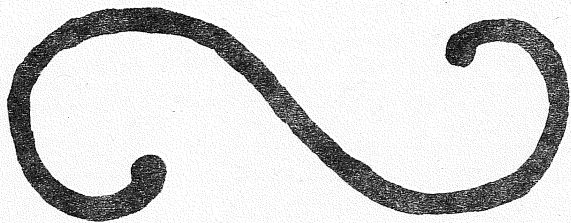
Zwischen 45 und 50 erlebt dann typischerweise der Mann eine Wende in seinem Leben. Er hat das Gefühl zu stagnieren. Er sucht nach neuen Forschungsinhalten. Er stellt sich, sein Denken, sein bisheriges Werk und seine ganze Lebensgestaltung in Frage. Schließlich muß man, um geistig produktiv zu bleiben, in einem permanenten Prozeß des auch persönlichen Wandels stehen, man muß agil bleiben, phantasievoll und beweglich. Kopf und Körper sind, das weiß Xavier, nicht voneinander zu trennen; das Denken muß auch sinnlich sein, soviel weiß er von seiner Auseinandersetzung mit der Studenten- wie der Frauenbewegung. Gerade die Sinnlichkeit ist jedoch ein heikler Bereich. Zwischen 45 und 50 geraten Männer schließlich nun einmal in eine Krise ihrer sexuellen Identität. Und Anna, die treue Weggefährtin, gehört leider nun einmal zur festgefahrenen Routine, aus der kein intellektueller oder sinnlicher Ansporn mehr zu ziehen ist. Hingegen Zoe – die fünfundzwanzigjährige Psychologin, die er in einem Seminar kennenlernte –, das ist eine Frau, die ihn herausfordert! In jeder Hinsicht! Aber soll er dieser Versuchung nachgeben? Xavier verbringt lange und genußvolle Wochen damit, seinen Gewissenskonflikt auszukosten. Er erfindet sogar einen Cornelius, einen fiktiven Brieffreund, um in Dialogen mit ihm die vielschichtigen ethischen und philosophischen Dimensionen seiner Zweifel abzuhandeln. (Den erfundenen Schriftwechsel, eine Form der Abhandlung, mit der er sehr zufrieden ist, veröffentlicht Xavier später im Anhang eines Buches über Lebensphasen des Mannes.) Fazit seiner Überlegungen ist, daß er es eigentlich



nicht einmal so sehr sich selbst, vielmehr noch Anna und natürlich auch der Wissenschaft, die durch seine geistige Verjüngung so viel profitieren wird, schuldig ist, sich der neuen Herausforderung zu stellen. Neue Aufgaben rufen! Er ist in erster Linie auch Anna gegenüber verpflichtet, sie nicht im Sumpf eines abgestumpften Routinelebens verkommen zu lassen. Sie sieht es momentan vielleicht nicht so, was ja schon ein Indiz für den Schaden ist, den er ihr zugefügt hat: sie hat sogar schon ihre Ansprüche verloren und ist zufrieden damit, ihr Leben auf ewiggleichen Bahnen weiterlaufen zu lassen! Das Aufrütteln wird für sie sehr heilsam sein, wird neue Entwicklungsprozesse in Gang setzen.

Zoe ist sehr interessiert an seinen neuen Forschungsvorhaben und hat schon viele Ideen beigetragen. Mit ihr gemeinsam kann er neue Wege gehen, neue Tiefen seiner Persönlichkeit ausschöpfen.

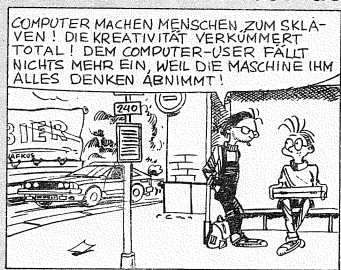
B
U
C
H



Erkennung, Barnard/Silberstein: "Viel erlebt und nichts begriffen."



Kosinus von GUBA & ULLY



Spickzettel

Wir suchen eine Teemaschine oder
einen Tauchsieder für's FSI-Zimmer

Wer hat die „Panorama“-
Sendung vom 17.6. mit-
geschnitten? Bitte melden
bei Jürgen Tel. 26895
oder im FSI-Zimmer.

Wir suchen noch interessierte

Fußballer,

die Lust haben, 1 mal pro Woche
zu spielen:

Wir treffen uns Dienstags, 19.00
beim Minigolfplatz in den Wiesen

Kontakt: Jörg, Tel. 44 04 42

oder 44 04 53

oder 44 00 58

Übrigens: Wer meinen Artikel zur
Mathe-Klausur immer noch nicht
gelesen hat, sollte das jetzt tun
und sich dann gegebenenfalls
bei mir oder bei Andreas melden:

Rainer: 44 0058 } Tel. nr.
Andreas: 30 3089 }
oder FSI-Zimmer, Nr. 02.157 } Zi. nr.

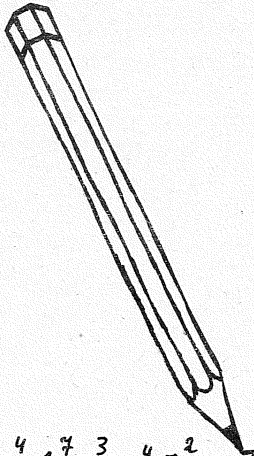
Übrigens: Im Gegensatz zum
letzten Output sind diesmal
alle Kleinanzeigen ernst
gemeint !!

Seite

Suchen

Suchen
nach einem
Anfang
einem Ansatzpunkt
nach einer
Lösung

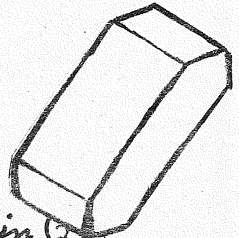
Ich denke in
Bleistift
Das Radiergummi
liegt bereit
Gierig
verschlingt es
meine
Gedanken
die sich im
Kreise drehen
wenn sie nicht
in Sackgassen
enden



$$C(z) = \frac{1}{2}z^4 + \frac{7}{8}z^3 + \frac{4}{3}z^2 + z$$

$$\int_a^b e^{+2} \sin 2x \cos x dx$$

$$= \int_a^b e^{+2} \sin(2x)$$



Vielleicht ist es
das :
Mir fehlt
der Mut
B zu schreiben
statt das A
wegzuradiieren
Ich werde immer
mutloser ...

Die

KREATIVE SEITE...

steht unseren geschätzten Leserinnen und Lesern zur freien
Gestaltung zur Verfügung!

62

Erfolg

Macht?

Prestige?

Geld?

meßbar in D-Mark?

in Leitersprossen?

oder auch

in Herzinfarkten?

Erfolg macht

erfolgreich

oder arm

arm

Freunde

- in Luft

die

darüber

g
d

Service . . . Service . . . Service . . . Service . . . Service

soeben erschienen

Anzeige

Nach Dortmund jetzt auch in Erlangen !
Die HSS-AG (Hörsaal-Service-AG) möchte das studentische Leben so angenehm wie möglich gestalten. Darum unterbreiten wir Ihnen folgendes Angebot:

1. Kleines Service-Paket

- 1.1 Platzreservierung durch geschultes Personal
- 1.2 Regelmäßige Belieferung mit Übungszetteln, Skripten und Klausurensammlungen (auch postalische Nachsendung möglich)
- 1.3 Garderobenaufbewahrung nach Wunsch
- 1.4 Auf Wunsch Bereitstellung eines Fahrstuhls im IMMD

2. Großes Service-Paket

- Alle Leistungen aus 1. sowie:
- 2.1 Lieferung von Bibliotheksbüchern nach Themenangabe frei Haus
 - 2.2 Vereinbarung von Prüfungsterminen und Erledigung sonstiger formeller Angelegenheiten
 - 2.3 Room-Service im Hörsaal (Drinks, Lunches, Schreibutensilien, Papierflieger, Fußball-Tröten etc.)
 - 2.4 Bestechungen aller Art (z.B. Prüfungsamt, Professoren, BAFÖG-Amt) mit 10% Eigenbeteiligung

3. Luxus Service-Paket

Wie 2. und zusätzlich:

- 3.1 Fahrservice zwischen den Gebäuden der UNI (Fahrzeuge stehen mit und ohne Chauffeur zu Verfügung)
- 3.2 Translating-Service (Simultan-Übersetzung des Fachchinesisch der Dozenten)
- 3.3 Stellung einer Sekretärin oder eines Sekretärs für alle persönlichen Angelegenheiten (Schreibarbeiten, Organisation und persönliche (!) Betreuung). Gegen Aufpreis auch 24h-Dienst möglich.
- 3.4 Auf Wunsch Bereitstellung eines Komfort-Schlafsessels mit integrierten Funktionen:
 - Air-Condition
 - Radio/TV/Video
 - 16-Bit-PC oder Terminal für UNI-Rechner
 - Telefon
 - Not-Aus-Knopf für Dozenten

Paket 1: 200.- DM/Monat (Diese Einführungspreise sind nur
Paket 2: 500.- DM/Monat noch bis Ende 1986 gültig !)
Paket 3: 2000.- DM/Monat

Schreiben Sie, oder rufen Sie uns doch einfach an !
HSS-AG, Tel: 09131/32468 oder 0815